

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabestr. 2-5. — Fernruf, Amt Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 5

Berlin, den 31. Januar 1931

6. Jahrgang

Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland

Wir konnten nachweisen, daß die Krise, die seit mehr als einem Jahre die Wirtschaft erschüttert, weltwirtschaftlichen Charakter trägt und in Störungen weltwirtschaftlichen Ausmaßes ihre Ursache gefunden hat. Unter diesem Gesichtswinkel ist die deutsche Wirtschaftskrise nur ein Ausschnitt aus der internationalen Wirtschaftskrise. Immerhin wird aber Deutschland von der Krise wohl am schwersten von allen Ländern heimgesucht. Während man den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise erst vom Herbst 1929 an datiert, befand sich die deutsche Wirtschaft schon während des ganzen Jahres 1929 im Abstieg. Und auch seither ist die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl wohl in keinem Land der Welt so angewachsen wie in Deutschland. Wohl in keinem anderen Land war am Jahresende die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter auf einen so tiefen Stand gesunken wie in Deutschland. (Nur mehr 51,9 Proz. der organisierten Industriearbeiter waren nach der Statistik des IAWB zu diesem Zeitpunkt voll beschäftigt.) In keinem anderen Lande sind die Rückwirkungen der Krise auf die Staatsfinanzen und auf die politischen Verhältnisse so schwer und gefährdend wie in Deutschland. Diese besondere Verschärfung der Krise in Deutschland verlangt eine Erklärung, die über die allgemeinen weltwirtschaftlichen Ursachen der Krise hinausgeht und in der besonderen Situation der deutschen Wirtschaft wurzeln muß.

Die besonderen Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise gehen von der Kapital- und von der Warenseite aus. Was den deutschen Kapitalverhältnissen ihr besonderes ungelindes Gepräge gibt, ist folgendes:

Erstens ist Deutschland mit einer besonderen Kapitalverpflichtung belastet, die kein anderes Land zu tragen hat: die Reparationen. Man könnte zwar darauf hinweisen, daß es Länder gibt, die noch viel höhere Kriegsschulden zu tragen haben als Deutschland, z. B. England. Aber dort handelt es sich um innere Kriegsschulden, die im Lande bleiben, und nur eine bestimmte Einkommensverteilung erzwingen, in Deutschland hingegen um einen Kapitalabfluß in andere Länder, dem keine Gegenleistung gegenübersteht. Auch der Hinweis darauf, daß noch andere Länder höhere Kriegsschulden abzutragen haben (interalliierte Kriegsschulden), ist nicht durchschlagend. Denn die betreffenden Länder empfangen als Gegenleistung von Deutschland Reparationen, die zumeist höher sind als die Schuldentilgungen, die sie selbst zu leisten haben.

Es bleibt also dabei, daß die deutschen Reparationen eine Sonderlast darstellen, die kein anderes Land der Welt zu tragen hat. Nun wäre diese Last verhältnismäßig leicht zu ertragen, wenn Deutschland ein Land vom Kapitalreichtum der Vereinigten Staaten oder Frankreichs wäre. Aber da das Nachkriegsdeutschland ohnehin schon unter schwerer Kapitalknappheit zu leiden hat, wird, solange dieser Zustand anhält, durch die Reparationen die Konjunkturschwäche der deutschen Wirtschaft und der deutschen Staatsfinanzen wesentlich verschärft. Das bedeutet, daß die deutsche Wirtschaft zwar den Konjunkturaufschwung der Weltwirtschaft teilweise mitzumachen vermag, daß sich aber jede weltwirtschaftliche Konjunkturverschlechterung in Deutschland früher und schwerer fühlbar macht als in anderen Ländern von gleichem Wirtschaftsaufbau.

Der zweite Grund, der die Kapitalverhältnisse Deutschlands als ungesund erscheinen läßt, liegt in seinen politischen Verhältnissen. Die deutsche Wirtschaft war in den letzten Jahren und ist vorläufig noch immer auf den Zerstörungs- und auf den Kapitalzuström, in die deutsche Wirtschaft empfindlich. Das lag zum Teil an der außenpolitischen Unsicherheit, in die Deutschland durch die Pariser Reparationsverhandlungen und durch die zunehmenden innerpolitischen Kämpfe — die Kämpfe innerhalb der großen Koalition — geriet, zum Teil an der amerikanischen Börsenpanne, die ungeheuer viel Kapital an sich zog und daher den Kapitalmarkt der übrigen Länder verknabberte. Seit dem Jahre 1930 aber wurde zum Hauptgrund für das Verschleichen des ausländischen Kapitalzustroms nach Deutschland die innerpolitische Krise, die sich von der Sprengung der großen Koalition an immer mehr verschärfte, bis sie mit dem Ausbruch der Reichstagswahl vom 14. September ihren Höhepunkt erreichte.

Mit dem Anwachsen der innerpolitischen Schwierigkeiten Deutschlands wuchsen aber auch die Milliarden kurzfristiger Auslandskredite in Bewegung zu geraten, und tatsächlich wurden nach dem 14. September hunderte Millionen von Auslandskrediten aus Deutschland zurückgezogen. Parallel damit und aus dem gleichen Grunde verschärfte sich die Kapitalflucht aus Deutschland. Man macht sich von der Höhe der Kapitalflucht oft übertriebene Vorstellungen; aber daß seit dem Jahre 1928 das deutsche Kapital, das die Heimat verließ, um sich der Besteuerung und den Gefahren, die seiner Sicherheit drohen, zu entziehen, in die Milliarden geht, kann nicht bezweifelt werden.

Es versteht sich von selbst, daß diese dauernde Verschlechterung der Kapitalverhältnisse in Deutschland den Ausbruch der Wirtschaftskrise beschleunigen und sie verschärfen mußte. Es sei nur auf eine Tatsache hingewiesen, die die Zusammenhänge zwischen Kapitalflucht und Krise beleuchtet. Eines der Hilfsmittel, die eine normale Wirtschaftskrise mit sich bringt, besteht in der

allmählichen Senkung der Zinssätze infolge sinkender Nachfrage nach Kapital. Die niedrigen Zinssätze bilden ihrerseits eine Antriebskraft für die Wiederbelebung der Produktion. Auch in Deutschland sind zunächst im Verlauf der Wirtschaftskrise die Zinssätze für kurzfristige Kredite gesunken (der Reichsbankdiskont sank in der Zeit vom November 1929 bis Juni 1930 von 7½ auf 4 Proz.), aber diese Entwicklung wurde seit dem 14. September jäh unterbrochen. Der Reichsbankdiskont wurde am 9. Oktober 1930 wieder auf 5 Prozent erhöht und seither nicht wieder herabgesetzt, obwohl inzwischen der Notenbankdiskont in manchen Ländern bereits auf 2 Proz. gesenkt wurde. Und was noch schwerer wiegt, auch die Rückwirkung der Zinssenkungen für kurzfristige Kredite auf die langfristigen Kredite, die sonst im Verlauf der Wirtschaftskrise eintritt, ist bis jetzt ausgeblieben, so daß von dieser Seite her jeglicher Anreiz zur Wiederbelebung der Produktion fehlt.

Sobiel über die Kapitalseite. Nun ist die deutsche Krise aber auch von der Warenseite her wesentlich verschärft worden, und daran trägt ausschließlich die Entwicklung des Monopolkapitalismus schuld. Die kapitalistischen Monopole vermochten in der Periode der Hochkonjunktur die Preise ihrer Produkte weit über ihre Produktionskosten hinauszutreiben. Sie erzielten auf diese Weise hohe Sondergewinne, die sie, angeregt durch die hohen Preise, wieder in ihrem Industriezweig investierten. Dadurch wurde das Kapital, das an sich schon der deutschen Wirtschaft nur knapp zur Verfügung steht, noch zu einem großen Teil in falsche Bahnen gelenkt und auf der einen Seite die Kapitalknappheit verschärft, auf der anderen Seite die Überproduktion verstärkt. Als dann die Krise ausbrach, verzögerten dieselben Monopole, die am Ausbruch der Krise in hervorragendem Maße Schuld trugen, ihre Überwindung. Denn sie waren mächtig genug, die Preise ihrer Produkte weiter hochzuhalten und entsprechende Umfasseneinschränkungen in Kauf zu nehmen. So, sie trieben diese Preispolitik weiter, obwohl ihre eigenen Rohstoffkosten infolge des Sturzes der Weltrohstoffpreise inzwischen gesunken waren.

Die Folge dieser verhängnisvollen Preispolitik der kapitalistischen Monopole war, daß die Senkung der Preise, die in jeder normalen Krise eintritt und die ebenso wie die Senkung der Zinssätze einen Anreiz zur Wiederbelebung der Wirtschaft darstellt, gerade am wichtigsten Punkt

unterbunden wurde, nämlich bei den in Deutschland produzierten industriellen Rohstoffen (Kohle, Eisen, Baustoffe usw.). Deshalb war es grundföhllich richtig und notwendig, daß dieses künstliche Gemmis der Überwindung der Krise, die monopolistische Hochhaltung der Preise, vom Staate bekämpft wurde. In der Tat hat die Regierung Brünning auch eingesehen, daß hier eine entscheidende staatspolitische Aufgabe vorliegt, und deshalb in der Notverordnung vom 26. Juli 1930 die Handhabe zur Herabdrückung monopolistisch überhöhter Preise geschaffen. Aber sie hat von dieser Handhabe so zögernd und ungenügend Gebrauch gemacht, daß es noch monatelang dauerte, ehe sich die gebundenen Preise überhaupt in Bewegung setzten, und selbst heute noch sind die von dieser Seite her kommenden Hindernisse nicht soweit überwunden, daß ein fühlbarer Anreiz zur Wiederbelebung der Wirtschaft von ihnen ausgehen könnte — zumal die Regierung die grundföhllich richtige, aber ungenügende Preis-senkungsaktion mit einer grundföhllich falschen, aber leider sehr wirksam gewordenen Lohnabsatzaktion verknüpfte und dadurch die Kaufkraft des Marktes weiter schwächte.

Aus all dem Gesagten ergibt sich unabweislich, welche Wege beschritten werden müssen, um dieser verheerenden Wirtschaftskrise ein Ende zu machen. Es geht daraus hervor, daß, soweit die Krise ein internationales Gepräge trägt, gemeinsame Anstrengungen aller Völker und ihr internationales Zusammenwirken notwendig sind, um die Überwindung der Krise zu beschleunigen, vor allem internationale Aktionen zur Beseitigung der Hemmnisse des internationalen Kapital- und Warenverkehrs. Soweit die Krise aber durch besondere Ursachen in Deutschland verschärft wird, muß der Kampf gegen diese besonderen Ursachen aufgenommen werden. Dazu gehört die Milderung der Reparationslasten, die allerdings nur allmählich auf dem Wege internationaler Verständigung erreicht werden kann, ein energischer Kampf gegen die Hindernisse des Preisabbaus, das Abstoppen des Lohnabbaus zur Erhaltung der Kaufkraft der Massen, und schließlich zum Zwecke der Wiederbelebung des deutschen Kapitalmarktes die Wiederherstellung der Sicherheit, daß die falsche Gefahr endgültig überwunden ist. Aus der Notwendigkeit, diese Wege zu beschreiten und auf diesem Wege voranzuschreiten, läßt sich die Berechtigung der politischen und wirtschaftlichen Stellung der Gewerkschaften ohne weiteres ableiten.

Organisierung der Wirtschaft tut not.

Die Völker hungern bei vollen Scheunen! Dieses in letzter Zeit mehrfach gebrauchte Wort ist heute zu einer traurigen Wahrheit für die Arbeiterschaft der Welt geworden. Trotzdem diese traurige Tatsache zum Leitmotiv der europäischen Konferenz werden müssen, tritt man sich um nebensächliche Dinge. Wie liegen die Verhältnisse? Am Weltmarkt brechen die Preise zusammen infolge des stellenweise herrschenden Überflusses. Unüberwindliche Zollwäuer hindern das Einbringen billiger Ware in die Bedarfsländer. In Kanada, in Nord- und Südamerika, werden Mais und Weizen als Brennstoff verbrannt. In Brasilien werden mit voller Absicht Millionenwerte an Kaffee, in anderen südamerikanischen Ländern an Zucker verbrannt, und einem merkwürdigen Geis folgend, fangen auch die Lagerhäuser europäischer Importeure zu brennen an. Mit einer hochentwickelten Technik ausgestattete Industrien lassen Bedarf und Luxusgüter sich zu Bergen türmen. Daneben stehen — nach Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes — mehr als 15 Millionen Arbeitslose, das sind mit ihren Angehörigen über 60 Millionen Menschen, die nicht nur verbrauchsmäßig gemacht worden sind, sondern die eine moderne Gesellschaft buchstäblich dem Hunger überantwortet.

Mit der jungen Völkern eigenen Sozialistat erklärte man noch vor mehr als einem Jahre in den Vereinigten Staaten, es gebe in diesem gesegneten Lande keine Arbeitslosigkeit. Man lehnte vorgelegte sozialpolitische Maßnahmen ab — die hohen Löhne machten solche überflüssig. Heute stehen in USA 7 Millionen Arbeitslose ohne wirkliche Hilfe auf der Straße und nähren sich kümmerlich von den Bettelstufen der Randbezirke, des Notens Kreuzes und der Heißermeie. Die amerikanischen Kommunisten, denen heute Millionen von Armen zur Last fallen, schreien nach einem staatlichen Versicherungszwang. Sie preisen als Heiligtum, was für die Alte Welt unter dem Druck einer organisierten Arbeiterbewegung schon lange zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Und wenn die Berliner Note Rahne mit Überheblichkeit erklärt, man suche in den Statistiken des Internationalen Arbeitsamtes vergeblich nach einer Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland, so sei demgegenüber festzustellen, daß es dort durch brutale Arbeitszucht zwar gelungen ist die Arbeitslosigkeit hinanzubehalten. Aber auch die fanatischsten Anhänger Sowjetrußlands müssen erkennen, daß sich der Hunger nicht durch Verordnungen verschreiben läßt. Und das russische Proletariat hungert in seinem Arbeitszwang, damit die Lebensmittel aus Schloß und Freilicht exportiert werden können, um die Devisen des europäischen und amerikanischen Kontinents ins Land zu bekommen. Der Hungerknoten ist ein Leidensnetz und ein Übermaß für das russische Proletariat. Von der Gefahr des Hungers und der Not ist auch die sowjetrussische Arbeiterkategorie nicht ausgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit ist durch die weltwirtschaftlichen Umwälzungen zu einem internationalen Problem geworden. International müssen daher auch die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sein.

Doch vor allem gilt es, im Lande selbst den Kampf gegen das Unheil zu führen. Unentbehrlich ist die Arbeitslosenversicherung und die Unterstützung. Wenn die Zahl der in den wichtigsten Industrieländern der Welt an Arbeitslosigkeit Verfallenen sich von 45 Millionen im Jahre 1919 auf 44,6 Millionen — also um das Zehnfache erhöht hat, ist dies ein

Beweis für die wachsende Bedeutung der Vernichtung in immer höherem Maße werden in fast allen Industrieländern öffentliche Arbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit gefördert. Eine öffentliche und kostenlose Arbeitsvermittlung wirkt regulierend und helfend. Die Zahl der öffentlich vermittelten Stellen hat sich von 2,7 Millionen im Jahre 1911 auf etwa 20 Millionen im Jahre 1930 erhöht. Aber alles dies sind nur Hilfsmittel, die zwar lindern können, aber nicht geeignet sind, das Unheil zu beseitigen.

Dazu bedarf es heute Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, die weit über das hinausgehen, was bisher an internationaler Zusammenarbeit geleistet worden ist. Mit der Weltkampagne der Kohlenkrise haben Völkerverbund und Internationales Arbeitsamt auf diesem Gebiete einen, wenn auch noch heftig umstrittenen, Anfang gemacht. Wie lange der Kampf noch dauern mag, er muß enden mit einer Verständigung der fleckengedehnten Länder untereinander und vor allem mit einer internationalen Gleichgestaltung der Arbeitsbedingungen. Und was hier für die Kohle gilt, hat allgemeine Geltung.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat im Oktober 1930 auf Grund eines Vorschlags der Arbeitergruppe beschlossen seinen Ausschuss zur Erforschung der Arbeitslosigkeit zu erweitern, und sich um einen eingehenden Erhebung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die zu ihrer Bekämpfung geeigneten Maßnahmen zu befassen. Es darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß das Internationale Arbeitsamt und andere Völkerverbände in Bezug auf die wissenschaftliche Ermittlung der wichtigsten Ursachen schon wertvolle Vorarbeit geleistet haben. Heute kommt es mehr auf die politischen Erhebungen an. Ein Blick auf die zu behandelnden Probleme beweist dies. Als erste Aufgabe zu werden in dem Antrag der Arbeitergruppe in Genf u. a. genannt:

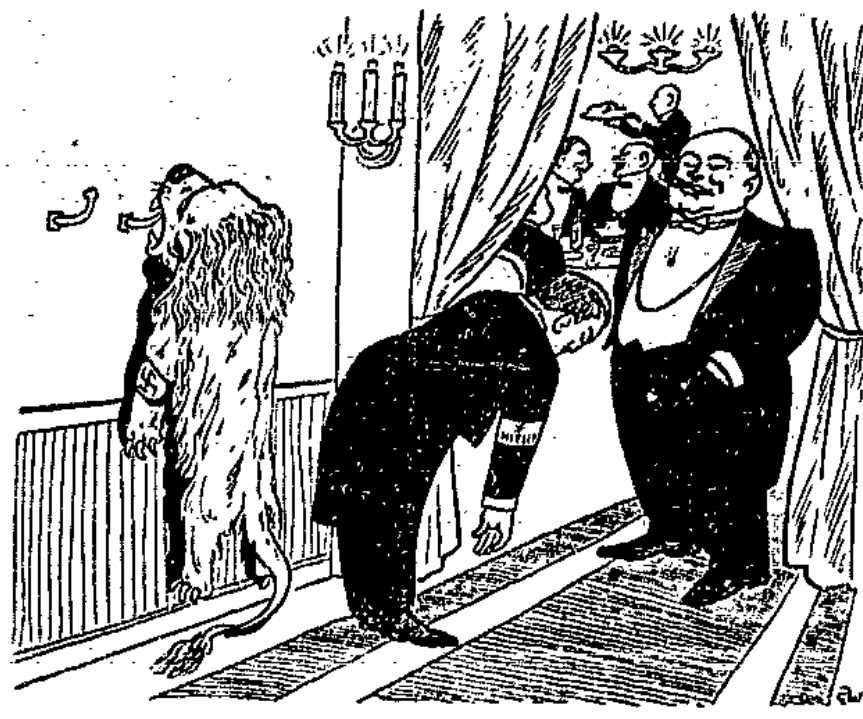
1. der sinnlose Konkurrenz unter den Nationen;
2. die mangelhafte internationale Verteilung des Kapitals und der Rohstoffe;
3. die mangelhafte Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse der Verbraucher;
4. die schlechte Verteilung des Volkseinkommens unter die verschiedenen Bevölkerungsschichten;
5. die Rationalisierung usw.

Eine zweckmäßige Regelung gerade dieser Fragen setzt eine weitgehende Verständigungsbereitschaft der Nationen voraus. Noch scheinen sie für eine Niederlegung der Zollgrenzen, wie die Völkerverbände immer wieder betont, nicht reif zu sein. Das gleiche gilt hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe. Es die Bank für den internationalen Zahlungsverkehr in der Lage sein wird, eine bessere Kapitalverteilung herbeizuführen, scheint noch zweifelhaft. Noch ist, alles in allem, der Einfluß der organisierten Arbeiterbewegung auf die Regierungen und für die Gestaltung der Verhältnisse zu schwach. Dies zeigt insbesondere die Tatsache, daß auch die mangelhafte Verteilung der Volkseinkommen eine Ursache der Krise mit ist. Der Lohn ist ein politischer Lohn. Von dem Volkseinkommen erhält die Arbeiterschaft nur den Anteil, den sie trotz ihrer organisierten Macht politisch und gewerkschaftlich zu erkämpfen vermag. Das gleiche gilt ohne Einschränkung auch für die Erringung des der

Arbeiterchaft zustehekenden Anteils an den Erfolgen der Nationalisierung. Auch die Verstandigung mit der farbigen Arbeiterchaft Afrikas und Australiens, die heute schon den europaischen Arbeitsmarkt bedrangt, ist eine Angelegenheit, die nur mit Hilfe der organisierten Arbeiterbewegung zweckmssig geregelt werden kann.

In dieser Richtung liegen auch die in einer Denkschrift zur Europaischen Konferenz gemachten Vorschlage des Direktors des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas. Hier wird insbesondere betont, das jede europaische Einigung und Verstandigung unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen und die Auswirkung der Arbeiterchaft sich auswirken muisse, und das daher die Vertretung der Arbeiterchaft unbedingt das Recht zur Mitwirkung haben muisse. Wirtschaftliche und politische Massnahmen in Europa muissten eine Verbesserung der Lage der Arbeiterchaft bringen. Daher konnte ein solche Verstandigung nicht allein das Werk von Politikern und Wirtschaftlern sein, sondern es sei nur moglich im engsten Zusammenwirken mit der internationalen Arbeiterorganisation, wo die Arbeiter der Welt einen maßgebenden Einfluß besaßen, und dem geplanten europaischen Komitee.

Eine machtvolle internationale Arbeiterbewegung ist daher die Voraussetzung für eine erfolgreiche Lösung der internationalen Probleme. Die Arbeiterchaft kann die vom Internationalen Arbeitsamt und vom Völkerbund angebahnte wissenschaftliche Durchleuchtung der Ursachen der Weltkrise nur begreifen. Aber darüber hinaus muß sie in allen Ländern die Vertreter der Gemeininteressen an die Stelle der Vertreter der Privatwirtschaft setzen. Erst dann verschwinden die heute noch unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten politischer Art.



„Wann ich auch manchmal drüße, Herr Generaldirektor, Sie brauchen nicht zu erschrecken.“

Spitzer loupirt sich bei den Unternehmern und Bankdirektoren durch, doch vorher gibt er seine Löwenhaut in der Garderobe ab.

Hochbetrieb bei den Gewerkschaftsspaltern.

Seit Jahren liegt die Arbeiterbewegung unter schwerem Trommelfeuer der Reaktion. Mit konzentrierter Wucht müht sie in der letzten Zeit, nicht die Kapitalisten allein mit ihrem unmittelbaren Troß stehen in der gegenwärtigen Front. Arbeiter, die höhere Verwaltung und Justizbürokratie leisten ihnen Hilfestellung. Ein großer Teil des Lehrpersonals der Hoch- und Mittelschulen vielfach auch der Volksschulen gehört zu den heftigsten Helfern des Kapitals, darunter ganz gewöhnliche Beamte der Arbeiterbewegung, Mittelständler, Pfaffen, Spießer aller Gattungen marschieren in der Gefolgschaft der Gewerkschaftshüter. Etwa 90 Prozent aller Erdrzeugnisse dienen der geistigen Beeinflussung gegen die Arbeiterbewegung, zugunsten der kapitalistischen Schreibern. Mit all diesen Mitteln hatte man es schon vor dem Kriege verstanden, die Arbeiterbewegung zu zerplittern. Christliche, sogenannte nationale und gelbe Organisationen wurden gegründet, während das Unternehmertum: Angehörige verschiedener parteipolitischer, nationaler und religiöser Bindungen, einheitlich organisiert, seine Klasseninteressen gegen die Arbeiterchaft ungehindert vertreten kann. Aber trotz dem riesigen Aufgebot von materiellen, terroristischen und ideologischen Mitteln der Zerschlagung brachten es die zum Kampfe gegen die freien Gewerkschaften mobilisierten Gegenorganisationen insgesamt noch nicht auf 20 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten. Mehr als 80 Prozent sind Mitglieder freier Verbände.

Als die schlimmsten Feinde und somit als die größten Schädiger der Arbeiterinteressen erweisen sich in der Nachkriegszeit, besonders in den letzten Jahren, die KPD und die sich auch Arbeiterpartei nennende faschistische Dakenkreuzorganisation. Ohne deren verhängnisvolle Tätigkeit hätte das Unternehmertum längst nicht die erfolgreiche Lohn- und Sozialabbauoffensive in den letzten Monaten durchführen können. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die KPD-Strategen mit ihrem jahrelangen Geißel über Verräterei der freien Gewerkschaften, über deren „kapitalistische Knechtsrolle“, die sie abgebeten der Hitler-Männer gewesen sind, die KPD brachte anders nichts fertig, als zahlreiche, im voraus verlorene Streiks zu inszenieren, wodurch sie viele Tausende von Arbeitern aus ihren Arbeitsplätzen manövierte und die Gegenläufe innerhalb der Arbeiterchaft verärrerte. So hatten es die Nazidemagogen verhältnismäßig leicht, ihren Nachläufern einzureden, daß allerdings die Gewerkschaften Steigbügelhalter des Kapitals seien, die KPD jedoch noch schlimmer sei, sie besorge die Geschäfte des internationalen jüdischen Bolschewismus, der ein Interesse daran habe, die deutschen Arbeiter verelenden zu lassen, damit sie Revolution machen sollen; dann werde Deutschland vernichtet, und der bolschewistische Revolutionssturm rase zum Vorteil der russischen Eroberungspolitik weiter über die anderen Länder. Appell an den primitivsten Chauvinismus und den ebenso primitiven Antisemitismus: Deutschland erwache! Juda verreck!

Das berühmte Körnchen Salz, das in den Deklamationen der Nazis steckt, ist die Tatsache daß die KPD-Taktik das deutsche Proletariat in seinem Abwehrkampf gegen das Kapital ganz außerordentlich schwächt. Die meisten Erfolge der Reaktion sind auf die Zerstückelung und Verhöhnungspolitik der KPD zurückzuführen. Mit der Gründung von Spaltungszugorganisationen hat die KPD, planmäßig begonnen. Erst rief man den sogenannten „roten“ Metallarbeiterverband ins Leben. Jetzt ist die Gründung eines „roten“ Bergarbeiterverbandes proklamiert worden. Beide Aktionen waren be-

gleitet von unsinnig inszenierten Streiks, die den Unternehmern wie gerufen kamen. Sie verhinderten ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterchaft, endeten, wie vorauszu sehen war, mit Niederlagen und Massenentlassungen. Die Streiks richteten sich eigentlich auch nicht gegen das Kapital, sondern gegen die freien Gewerkschaften; sie sollen als verräterisch „demaskiert“ werden, damit man Propagandastoff für die Zerplitterungsorganisation bekommt. Mit den gleichen Manövern will die KPD-Strategie auch den Fabrikarbeiter-Verband berechnen. Gleich auf internationaler Grundlage. Die Vorbereitungen sind schon getroffen. Eine Zusammenkunft von KPD-Leuten, die sich „Internationales Komitee der revolutionären Fabrikarbeiter“ nannte, beschäftigte sich am 11. Januar 1931 in Berlin mit der Inszenierung von Streiks der Fabrikarbeiter, der Arbeiter in der Papier- und der Glasindustrie. An die Glasarbeiter in der Tschechoslowakei, Polen und Deutschland soll ein Aufruf zur Herstellung einer internationalen Streikfront ergehen. Auch die Kämpfe der Papierarbeiter müßten auf internationale Basis gestellt werden.

Spalten und Streiks inszenieren — oder Streiks inszenieren um Vorwände für Gewerkschaftsspalterung zu finden, das ist die sinnvolle KPD-Taktik die verständnisvoller Erfolgswünsche des Unternehmertums sicher sein kann. Die KPD zerplittert die Arbeiterbewegung, trägt systematisch den Bruderkampf in die Reihen der Arbeiterchaft; so hat es das einige Unternehmertum leicht, die getrennten Gruppen leichter zu schlagen. In diesem Treiben der Spalter liegt die größte Gefahr für die deutsche Arbeiterchaft in der nächsten Zukunft. Jede Niederlage, in die die KPD-taktische Arbeiter hineinmanöviert, ist für die Nazis ein Beweis gegenüber ihren Mittläufern, daß die Gewerkschaften für die Arbeiter nur Unheil bringen, daß sie deren Interessen nicht wahrnehmen usw. Damit haben diese Demagogen dann auch gleich Agitationsstoff für ihre Betriebszellenbildungen, mit denen sie die organisierte Funktion des Streikbruchs und der Harmoniepolitik mit den Unternehmern übernehmen, die von den gelben Vereinen nicht ausreichend praktiziert werden konnte. Als Rudaslohn bekommen die Nazis die Zustimmung auf beste mittel-erfolgreich angewandt worden ist. Wie die Entwicklung in der letzten Zeit deutlich zeigt, geht politisch die Abicht des Kapitals dahin, das Schlichtungs- und Schiedsrichtungsverfahren so umzubauen, daß es damit die Lohn- und Arbeitsbedingungen fast diktatorisch bestimmen kann. Zu diesem Zwecke drängen die Rechtsparteien auf maßgebende Mitbestimmung der Nazis in der Regierung. Daß es keinen reaktionären Anschlag auf die Arbeiterchaft gibt, den die Dakenkreuzler nicht mitmachen würden, darüber kann nach den bisherigen Erfahrungen kaum noch ein Zweifel bestehen.

Diesen Gefahren gegenüber ist die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung unerlässlich. Je mehr sich Arbeiter von den Spaltern verführen lassen, um so leichter können die Unternehmern mit Nazihilfe ihre gemeingefährlichen Pläne durchsetzen. Mit der Überwindung der Spalterpolitik wird auch am erfolgreichsten die faschistische Spalterpolitik beseitigt. Hier erweist sich eine Aufgabe, die jedem Verbandsmitglied gestellt ist. Keine Passivität mehr! Auffklärung über die bössartigen Tölpeln der Gewerkschaftszersplitterung zu verbreiten, muß aller Mitglieder eifrigstes Bestreben sein.

Macht Schluß mit der Spalterei! Hinein in die Massenfront der Arbeiter! Formiert eine einheitliche, freie Gewerkschaftsbewegung!

Die politische und wirtschaftliche Struktur des Saargebiets.

Das Saargebiet mit einer Einwohnerzahl von 780 000 ist politisch und wirtschaftlich seit 1919 von Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles abgetrennt. Dieser tiefe Einschnitt in das deutsche und nicht minder in das wirtschaftliche Leben war von der allergrößten Bedeutung. In politischer Richtung wurde die Saarbevölkerung fast völlig von Deutschland abgespalten. Es besteht wohl eine Volksgemeinschaft, genannt Saarbevölkerung. Dieser hat aber kein gesetzliches Vertretungsrecht, sondern kann nur seine Arbeit in Form von Steuern der Regierungskommission unterbreiten. Der Völkervertrag hat nicht auf eigene Verantwortung zusammengetreten. Die Regierungskommission bestimmt die Tagesordnung und die Zeit der Tagung. Jedes Recht zur Einführung von „Gesetzen“ gegen den Willen der Regierungskommission ist unzulässig.

Das Saargebiet mit seinen großen Kohlenvorkommen, weit ausgedehnter Zementindustrie und Stahlwerken war für Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht ein unentbehrlicher Bezirk. Groß war die Einfuhr von Leder, Textilwaren und besonders Lebensmittel. Seit dem Beginn der Einfuhr fast völlig unterbrochen, während die Einfuhr des Saargebiets nach Deutschland durch das Betreiben des deutsch-französischen Saar-Handels-Vereins erstensdrittens als gut zu bezeichnen ist. Die Handelsbilanz zwischen Deutschland und dem Saargebiet ist jedoch durchschneidend im Jahre 1929 Millionen Reichsmark positiv für Deutschland. Danach ist die Handelsbilanz mit Frankreich seitlich zwei Milliarden französischer Franken aktiv für Frankreich.

Das Saargebiet hatte vor dem Kriege und auch in der Nachkriegszeit eine nicht unbedeutende Glasindustrie. Besonders war die Tafelglasindustrie, Chemoglasindustrie, Kristall- und Spezialglasindustrie. Die erstere ist insolge der technischen Entwicklung vollständig zugrunde gerichtet. Bis zum

Jahre 1928 gingen noch drei Betriebe mit sechs Oefen ein, in denen 717 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Einmalig waren diese Betriebe waren und in noch einer mit 280 Arbeitern vorhanden. Die Verdrängung der Handproduktion in der Tafelglasindustrie durch die Maschine setzte somit 717 Arbeiter frei.

Der Tafelglasindustrie waren in der Vorkriegszeit sechs Betriebe mit 1715 Beschäftigten in Friedrichsthal, Felsbach, Sannappach und Querschied vorhanden. Heute ist die Tafelglasindustrie mit der Hand durch die maschinelle Fabrikation abgelöst. Gegenwärtig arbeiten zwei Betriebe mit etwa 600 Beschäftigten an Maschinen. Es sind das die Betriebe von Rovelius-Wenzel und Laubertsthal-Glasshütte, beide in St. Ingbert. Die Produktion 1928 betrug in diesen beiden Betrieben 2 967 000 qm, während in den zwei maschinellen Betrieben 4 200 000 qm Tafelglas hergestellt wird. Wir stellen noch einmal gegenüber: Bei der Handfabrikation neben Betrieben mit 1715 Beschäftigten eine Produktionsziffer von 2 967 000 qm und bei zwei Maschinenbetrieben mit 600 Beschäftigten eine Produktionsziffer von 4 200 000 qm. Die technische Entwicklung warf somit 1115 Glasarbeiter aus der Berufsstatistik und steigerte die Produktionsziffer um rund 200 000 qm.

Weißhofglas- und Kristallbetriebe befinden sich in einem Betrieb im Saargebiet. Beide Betriebe arbeiteten bis jetzt ohne jede Unterbrechung. In der Weißhofglasindustrie wurde teilweise zur maschinellen Produktion übergegangen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Tafel- und Schmelzgefäße. Auch wurden Maschinen für Kinder durch Maschinen hergestellt. Beschäftigt waren in diesen beiden Betrieben 1913 insgesamt 1175 Arbeiter und Arbeiterinnen mit einer Veredelung von Rohstoff zum Fertigfabrikat in Höhe von

8 608 000 kg. In diesen beiden Betrieben wurden 1929 1930 20 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, und die Produktion stieg auf 7 611 000 kg.

Am Laufe des Jahres 1930 wurden in der Weißhofglas-Hütte keine etwa 200 250 Arbeiter entlassen. Ueber die Produktionshöhe liegen für das Jahr 1930 die Zahlen noch nicht vor.

Das Kristallglaswerk Badgassen hat im Laufe des Jahres 1930 eine kleine Glasblüte in Saarbrücken angekauft. Dort werden nur leichte Glasartikel hergestellt. Dadurch wurde es möglich gemacht, das in Badgassen schwerere Artikel für Schmelzarbeit hergestellt werden konnten. Dies war im Interesse der Schmelzarbeit zu begrüßen, dadurch wurden die Fertigkeiten eingeschränkt.

Die Keramische Industrie lebt im Saargebiet unter keinem guten Stern und trifft dies hauptsächlich für die Steingutwerke zu. In Mettlach sind die ganzen Jahre hindurch immer Feierschichten vorhanden gewesen hauptsächlich in der Dreherei litten die Arbeiter unter Arbeitsmangel. Im Steingutwerk Wallerfangen wurden im Laufe des Jahres 1930 über 120 Arbeiter entlassen werden. Gegenwärtig spielt die Frage der Betriebsstilllegung dort eine besondere Rolle. Man beabsichtigt, die vorhandenen Aufträge in das Steingutwerk Mettlach zu überweisen, und die Betriebsleitung hofft durch diese Maßnahmen den Betrieb in Mettlach voll auszunutzen zu können.

In der Mosaikplattenfabrik Mettlach kann immer noch von einer guten Konjunktur gesprochen werden. Dort werden Heberstunden und Heberschichten verfahren, um den Anforderungen zu entsprechen und die Aufträge zu erledigen.

Die Terracotta-Fabrik Merzig kann auch nicht über schlechte Absatzverhältnisse klagen, aber trotzdem wurden dort im Jahre 1930 140 Arbeiter entlassen.

Die Zahl der Beschäftigten im Saargebiet betrug im Oktober 1930 18 998 Angestellte und 156 919 Arbeiter- und Arbeiterinnen. Insgesamt wurden 1930 im Saargebiet 175 317 Personen beschäftigt. Hiervon entfielen allein auf den Bergbau 57 406, auf die Eisenindustrie 29 674 Arbeiter und Arbeiterinnen, in der keramischen Industrie, ausschließlich der Glasindustrie, finden 3500 Arbeiter Beschäftigung. Auf die gesamte Glasindustrie entfallen ungefähr 1850 Arbeiter, während in der Chamotteindustrie 500 Arbeiter Beschäftigung haben.

Die Arbeitslosen ziffer im Oktober 1930 betrug insgesamt 9013 Arbeiter und Arbeiterinnen, sie ist jedoch inzwischen auf rund 15 000 Arbeiter angewachsen.

Das Organisationsverhältnis läßt sehr viel zu wünschen übrig. Besonders tröstlos sieht es in der keramischen, Glätten- und Baustoffindustrie aus. Die Arbeiter im Bergbau dagegen sind mindestens zu 90 Prozent organisiert. Dieses Verhältnis kann auch auf die Chamoglasindustrie übertragen werden. Solange das tröstlose Organisationsverhältnis vorhanden ist, werden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter tröstlos bleiben. Nur durch einen Zusammenschluß der Arbeitermassen wird es gelingen, eine Verbesserung in sozialer Beziehung für die Arbeiter herbeizuführen.

Der Preisabbau spielt auch besonders in Saarbrücken eine hervorragende Rolle. In allen Geschäften sieht man in großen Lettern das Wort vom Preisabbau. Dagegen sind besonders alle Bekleidungswaren, einschließlich Schuhwaren, teurer als in einer mittleren Stadt Norddeutschlands. Man spricht wohl vom Preisabbau, hält aber die Preise auf dem bisherigen Niveau. Die Arbeiter leiden also unter der Teuerung. Während man vorgibt, die Preise abzubauen, hält man die bisherige Preishöhe aufrecht.

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1930.

Nunmehr liegen die Abschlußziffern über die Gestaltung des deutschen Außenhandels im Jahre 1930 vor. Am letzten Monat des Jahres war der Außenhandel im reinen Warenverkehr mit 222 Mill. RM aktiv. Die Einfuhr war weiter auf 681 Mill. RM zurückgegangen. Die Ausfuhr senkte sich von 931 auf 903 Mill. RM. Der Gesamtwarenhandel des Jahres 1930 weist im reinen Warenverkehr eine Einfuhr von 10,4 Milliarden RM auf. Die Ausfuhr stellt sich auf rund 12 Milliarden RM. Es wurde ein Ausfuhrüberschuß von 1,8 Milliarden RM erzielt, gegen nur 36 Millionen RM 1929. Gegenüber dem Vorjahresergebnis erweist sich ein Rückgang der Einfuhr von 3 Milliarden RM. Bei der Gesamtausfuhr ist ein Rückgang von 1,5 Milliarden festzustellen. In Hundertstücken ausgedrückt bedeutet der Einfuhrrückgang 25 v. H. und der Rückgang der Ausfuhr 11 v. H. Die Fertigungsausfuhr ist mit rund 9,04 Milliarden verhältnismäßig hoch geblieben. Gegenüber 1929 erfolgte ein Rückgang von nur 3 v. H. gegenüber 11 v. H. bei der Gesamtausfuhr. Bei den Vergleichsziffern muß man immer den im Jahre 1930 erfolgten Preisrückgang auf allen Gebieten in Rechnung stellen. Die verhältnismäßig hohe Fertigungsausfuhr beweist, daß die deutsche Industrie trotz der Weltkrise sich einen guten Platz erobern konnte. Mehr als drei Viertel der Ausfuhr ging nach Europa. Hieraus kann man ersehen, daß Europa den besten Absatzmarkt bildet, und alle Maßnahmen einer verantwortungsvollen Regierung müssen darauf gerichtet sein, diesen Absatzmarkt nicht zu erschüttern. Setzt sich aber die unheimliche Tätigkeit des derzeitigen Reichsfinanzministers in der bisherigen Weise fort, so ist das Schlimmste zu befürchten.

Zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit.

Der frühere kanadische Ministerpräsident Arthur Meighen legte kürzlich in einer Versammlung von Geschäftleuten von Toronto in ebenso klarer wie klarer Weise dar, weshalb die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden per Tag eine unbedingte Notwendigkeit ist. Er sagte:

„Solange der erfindende Geist der Menschen nicht neue Arbeitsmöglichkeiten und Industrien ausfindig macht, die den durch die Technisierung freigesetzten Arbeitern Beschäftigung geben können, müssen sich die Nationen der Welt zusammenschließen und einen Pakt zur Verkürzung der Arbeitszeit abschließen.“

In ähnlicher Weise sprach sich der bekannte Senator W. C. Gard in New York, der ausdrücklich erklärte, er sei von der Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden per Tag überzeugt.

Sprachkurse.

Anfang Februar 1931 beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Perlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- oder Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtige Deutsch“ (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit unregelmäßiger Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mark erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Gebührer werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Die Sprachenschule befindet sich seit dem 1. Dezember im Norden Berlins und zwar: Berlin N 54, Moentholer Straße 18. Anmeldungen zu den Sprachkursen können schriftlich oder persönlich erfolgen.



Von den Lohnbewegungen in der Weifzhohlglasindustrie.

Der nach 24stägigen Verhandlungen gefällte Schiedspruch für die Verbandsgruppe VI der deutschen Weifzhohlglasindustrie, der Lohnkürzungen in Höhe von 3-5 Proz. vorsieht, ist von beiden Parteien angenommen worden. Die Arbeitnehmer haben dem Schiedspruch unter schwersten Bedenken ihre Zustimmung gegeben, da leider, bei der jetzigen Tendenz, bei Antrag auf Verbindlichkeit durch die Arbeitgeber mit dieser zu rechnen war. Durch die Annahme des Schiedspruches ist der Lohnvertrag für die Branchen Glasfenster und Kristall der Gr. VI in Bayern bis zum 31. Mai neu geregelt. Er kann mit vierwöchentlicher Kündigungsfrist zum gleichen Zeitpunkt von den Parteien aufgelöst werden.

Der Lohnschiedspruch für die Verbandsgruppe IV ist trotz der 14 dreiwöchigen Aussperrung und trotz des schärfsten Protestes der Arbeitnehmer bei den Verbindlichkeitsverhandlungen auf Antrag der Arbeitgeber am 21. d. M. für verbindlich erklärt worden. Dem Reichsarbeitsministerium gegenüber hat die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer nachgewiesen, daß der Höhepunkt der Verbindlichkeitsklärung nur unter Berücksichtigung des § 6 der Schlichtungsordnung in Anwendung kommen soll und daß nach Beurteilung des § 6 der Schlichtungsordnung und des ergangenen Lohnschiedspruches die Voraussetzungen für eine Verbindlichkeitsklärung nicht gegeben sind. Leider hat das Reichsarbeitsministerium mit der Motivierung, weitere Stilllegungen der Weifzhohlglasbetriebe in Sachsen müssen verhindert werden, die Verbindlichkeit ausgeprochen, weshalb hat der Schiedspruch der Schlichterkammer vom 12. Januar dadurch Rechtskraft erlangt und ist bis zum 30. April d. J. Vertrag geworden.

sehbaren Chaos als zu irgendwelchen Verbesserungen führen würde.

Nicht unerwähnt darf die Rolle bleiben, die die sogenannte „Rote Gewerkschaftsopposition“ auch in diesem Kampfe wieder spielte. Ihr blieb es vorbehalten, in einem Flugblatt vom „schändlichen und niederträchtigen Verrat der Verbandsorgane“ zu heben und aufzufordern zur Bildung von Kampf- und Streikleitungen, um den Streik auf „breitere Form“ fortzuführen. Pathetisch verkündete sie „Streik bis zum Sieg“. Zur Bildung eines „Roten Glasarbeiterverbandes“ reicht es nicht.

Die Berichterstatter beleuchteten konkret die Folgen dieses verantwortungslosen und ohne jede Rücksicht auf die heutigen Macht- und Wirtschaftsverhältnisse in die Massen geworfenen Treibens-Pardons, und wie sie ihre verbrecherische Auswirkung im Bergarbeiterkampf fanden.

Der RGO-Berichter war schnell fertig. Das bereits in der letzten Versammlung verwendete Manuskript diente auch diesmal wieder als Unterlage. Einige Bruchstücke kommunistischer Walzen über Schlichtungsweisen, mangelndes Vertrauen zur Gewerkschaft usw., schlicht und recht heruntergeleiert, das neueste Schlagwort „Arbeit ist Unsin“ mit Triumph in die Versammlung geschleudert — fertigt sein Wort über Wirtschaftskrise, Maßnahmen zu ihrer Überwindung oder dergl. Der ganze Kräfteaufwand hat in allen Fällen keine Wirkung auf die große Versammlung vollkommen verfehlt. Der Kampf könnte, wenn Logik bei der RGO ein Heim hätte, für sie die einzige Folge haben, daß die Weifzhohlglasindustrie durch die nach dem RGO-Flugblatt einen „14-tägigen Streik“ durchführte, aus der RGO und SPD wegen „Streikbruch“ flücht.

Kollege Dirschel berichtet darüber, daß dort im Einvernehmen mit Gewerkschaft und Weifzhohlglasindustrie wegen Zurücknahme des widerrechtlich verkündeten Lohnabzuges die Arbeit vor allen anderen Betrieben wieder aufgenommen wurde, nachdem die dortigen Kollegen ihre Pflicht entsprechend den Gewerkschaftsanweisungen erfüllt hatten. Das widerspricht nun allerdings mit den kommunistischen Streikparolen.

Für die Glasarbeitergewerkschaft Fürth's ergibt sich aus diesem Kampf die Lehre und Mahnung: Treue um Treue! Galtet nach wie vor zur Gewerkschaft als eurer einzigen und wirklichen Interessenvertreterin. Werbt für sie, stärkt die Kampffront in all ihren Gliedern, rüttelt alle Säugigen auf, damit der Verband gerüstet ist, auch in kommenden Kämpfen durch machtvolle Einheit und Geschlossenheit seine Aufgabe zu erfüllen.

Glasarbeiter-Ausperrung in Fürth beendet.

Der Lohnkampf in der Fürther Glasindustrie ist durch einen am vergangenen Mittwoch gefällten rechtsverbindlichen Schiedspruch beendet. Je nach den Arbeitsmöglichkeiten lehrten die ausgesperrten Glasarbeiter in die Betriebe zurück.

In einer stark besuchten Versammlung nahm die Mitgliedschaft des Keramikischen Bundes zu der neuen durch den Schiedspruch geschaffenen Situation Stellung.

Ausgehend von einer klaren Analyse der Entwicklung der heutigen Weltwirtschaftskrise, ihrer Auswirkung auf Deutschland und insbesondere auf die Fürther Glasindustrie berichteten die Kollegen Dirschel und Fischer über die äußerst schwierigen Verhandlungen beim überbetrieblichen Landes-Schiedsrichter in Nürnberg, der ganz im Gegensatz zu dem Schlichter-Möller, unter den gegebenen Verhältnissen und Umständen in aller Objektivität verhandelte.

Der Kampf hatte durch die Haltung der Fürther Glasbarone eine besondere Schärfe erhalten, nachdem diese in bewusster Rechtsbeugung den Lohnabbau vor der Erklärungsfrist rückwirkend ab 1. Januar durchführten. Die Glasarbeiter mußten sich dadurch als ausgesperrt betrachten.

Ihre rücksichtslose Maßnahme versuchten die gleichen Unternehmer, die sich nicht scheuten, einem überaus maßlosen Lohnabbau zu fordern, als „soziale Handlung“ zu maskieren, indem sie erklärten, ein Lohnabbau mit Rückwirkung bis 1. Januar würde, erst nach Willkür des Schiedspruchs vorgenommen, für die Arbeiterschaft untragbar sein, da dann gleichzeitig die Bürgersteuerraten fällig seien.

Die Wirtschaftsverhältnisse haben hintertrieben, was erreicht werden sollte. Der Kampf war jedoch nicht umsonst. Wenn der neue Schiedspruch nur einzelne Verbesserungen gegenüber dem ersten brachte, dem Unternehmertum wurde jedenfalls bewiesen, daß die Glasarbeiterschaft nach wie vor zäh zu kämpfen versteht. Der neue Tarif gilt nun erst ab 17. Januar, so daß vor allem keinerlei rückwirkende Lohnabzüge vorgenommen werden können; in verschiedenen Sparten wurden gegen den ersten Spruch Verbesserungen bis zu vier Prozent erreicht. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden, Gewiß kein Ergebnis, das Freude auslösen kann; es ist aber mehr oder weniger das Ergebnis der vollkommen unzulänglichen Maßnahmen der heutigen Machthaber und nicht zuletzt eine Folge der Zerklüftung der deutschen Arbeiterschaft, wie sie im Wahlergebnis 1930 zum Ausdruck kam. Sowohl die Lohnkommission wie auch die Versammlung selbst unterliegen der Auffassung, daß ein Streik eher zu einem unüber-

sehbaren Chaos als zu irgendwelchen Verbesserungen führen würde.

Nicht unerwähnt darf die Rolle bleiben, die die sogenannte „Rote Gewerkschaftsopposition“ auch in diesem Kampfe wieder spielte. Ihr blieb es vorbehalten, in einem Flugblatt vom „schändlichen und niederträchtigen Verrat der Verbandsorgane“ zu heben und aufzufordern zur Bildung von Kampf- und Streikleitungen, um den Streik auf „breitere Form“ fortzuführen. Pathetisch verkündete sie „Streik bis zum Sieg“. Zur Bildung eines „Roten Glasarbeiterverbandes“ reicht es nicht.

Die Berichterstatter beleuchteten konkret die Folgen dieses verantwortungslosen und ohne jede Rücksicht auf die heutigen Macht- und Wirtschaftsverhältnisse in die Massen geworfenen Treibens-Pardons, und wie sie ihre verbrecherische Auswirkung im Bergarbeiterkampf fanden.

Der RGO-Berichter war schnell fertig. Das bereits in der letzten Versammlung verwendete Manuskript diente auch diesmal wieder als Unterlage. Einige Bruchstücke kommunistischer Walzen über Schlichtungsweisen, mangelndes Vertrauen zur Gewerkschaft usw., schlicht und recht heruntergeleiert, das neueste Schlagwort „Arbeit ist Unsin“ mit Triumph in die Versammlung geschleudert — fertigt sein Wort über Wirtschaftskrise, Maßnahmen zu ihrer Überwindung oder dergl. Der ganze Kräfteaufwand hat in allen Fällen keine Wirkung auf die große Versammlung vollkommen verfehlt. Der Kampf könnte, wenn Logik bei der RGO ein Heim hätte, für sie die einzige Folge haben, daß die Weifzhohlglasindustrie durch die nach dem RGO-Flugblatt einen „14-tägigen Streik“ durchführte, aus der RGO und SPD wegen „Streikbruch“ flücht.

Kollege Dirschel berichtet darüber, daß dort im Einvernehmen mit Gewerkschaft und Weifzhohlglasindustrie wegen Zurücknahme des widerrechtlich verkündeten Lohnabzuges die Arbeit vor allen anderen Betrieben wieder aufgenommen wurde, nachdem die dortigen Kollegen ihre Pflicht entsprechend den Gewerkschaftsanweisungen erfüllt hatten. Das widerspricht nun allerdings mit den kommunistischen Streikparolen.

Für die Glasarbeitergewerkschaft Fürth's ergibt sich aus diesem Kampf die Lehre und Mahnung: Treue um Treue! Galtet nach wie vor zur Gewerkschaft als eurer einzigen und wirklichen Interessenvertreterin. Werbt für sie, stärkt die Kampffront in all ihren Gliedern, rüttelt alle Säugigen auf, damit der Verband gerüstet ist, auch in kommenden Kämpfen durch machtvolle Einheit und Geschlossenheit seine Aufgabe zu erfüllen.

baza. Wir sprachen von den Löhnen der Mitarbeiter und Arbeiterinnen in der Glasindustrie Südbüringens, wo unter aller Würde sind. Das Bezeichnende ist, daß in den meisten Fällen diese Heimarbeiter oder „Fabrikanten“, wie sie sich nennen, sich zur Nationalsozialistischen Partei bekennen. Es sind sogar schon Fälle bekannt, in denen man einfach die Arbeiter auf die Straße setzte, weil sie höheren Lohn forderten, oder sogar, weil der „Fabrikant“ glaubt, daß es besser oder jener Arbeiter in die Dessenlichkeit bringen könnte, für welchen Lohn gearbeitet werden muß. Die Arbeiter sind nicht organisiert, und diese Sorte „Fabrikanten“ hat es leicht, mit der Arbeiterkraft zu spielen. Es bedarf auch dieser Arbeit bis die Steine und Hindernisse in der Heimindustrie Südbüringens aus dem Wege geräumt sind, zumal Regierung und Behörden kein Interesse an der Notlage der Heimarbeiter zeigen. Man überläßt wohl selten eine Arbeiterkraft so ihrem Schicksal, wie gerade die der Heimindustrie. Schuld daran trägt wohl der Heimarbeiter selbst, da er sehr schwer für eine Organisation zu haben ist, und wenn er schon zu haben ist, über Nacht wieder erloschen will. Die Heimarbeiter sehen noch nicht ein, daß alles durch schwere Kämpfe in dieser kapitalistischen Wirtschaft erkämpft werden muß. Lieber leiden sie samt ihrer Familie anstatt gegen ihr Elend anzukämpfen. Da die ältere Generation von dem Organisationsgedanken noch nicht ergriffen ist, vererbt sich das auch auf die junge Generation; und die Jugend erkennt auch noch nicht, daß sie ihr Schicksal bessern kann, wenn sie sich organisiert und zum Kämpfen bereit ist.

Die Glasarbeiter von Rädniß.

Rädniß ist ein Dorf mit etwa 2000 Einwohnern, das an einem schmalen Oberbogen zirka 9 Kilometer hinter dem kleinen Oberfläbchen Gressen liegt. Die Geschichte weiß wenig über diesen Ort zu melden, um so deutlicher spricht die Gegenwart. Auf den Gesichtern der Menschen, die hier in dem in zwei Hälfen, in Rädniß-Dorf und Rädniß-Bahnhof, geteilten Ort wohnen, steht die Geschichte der Gegenwart geschrieben. Die Bevölkerung lebte zum überwiegenden Teil von der dem Ort angelegten Glasfabrik, die, wenn auch sehr lüchlich, den Menschen Lohn und Brot gab. Jetzt liegt die Fabrik seit dem 15. Juli 1929, also schon 1 1/2 Jahre, still, die Glasmacher und Glasarbeiter sind arbeitslos und auf Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung und die Wohlfahrts-Einrichtung angewiesen.

Wer wissen will, was Menschen an Not ertragen können und wie sie trotzdem nicht den Lebenskampf verlieren, der kann es hier erfahren. Solange die Unterstützung noch gezahlt wird, kann noch das Lebensnotwendigste erworben werden, aber viele, hauptsächlich die in den umliegenden Orten wohnenden Glasarbeiter, bekommen keine Unterstützung, auch nicht aus der Wohlfahrts-Einrichtung. Einige Fälle werden uns genannt, wo seit November 1930 die Schulbusse aus der Arbeit herausgeworfenen Glasarbeiter keinerlei Unterstützung beziehen. Die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ist abgelaufen und die Wohlfahrtsunterstützung wird verweigert. Auch haben die Gemeinden kein Geld. Sie leben von irgendeiner Gelegenheitsarbeit beim Bauern, die schlecht bezahlt wird und selbst beim billigsten Angebot der Arbeitskraft schwer zu haben ist.

Das Elend der Unterstützungsbezieher ist nicht geringer. Einem verheirateten Glasarbeiter bleiben nach Abzug der Miete ganze 35 Mark im Monat zum Leben übrig. Die Wohnhäuser, die einen guten und lauberen Eindruck machen, gehören der Firma, die sie an ihre Arbeiter vermietet hat. Die Miete betrug früher 18 Mark im Monat für eine Zweizimmerwohnung, jetzt ist sie herabgesetzt worden auf 12 Mark. Aber auch diese 12 Mark sind für die arbeitslosen Glasarbeiter eine außerordentlich starke Belastung und es wäre zu prüfen, ob in Anbetracht der Umstände die Miete nicht ganz erlassen werden kann, bis die Verhältnisse sich gebessert haben. Die schicksalswalkenden Glasarbeiter haben inzwischen, da die Verhältnisse sich nicht bessern wollten und auch sobald keine Aussicht auf Eröffnung der Glasfabrik besteht, den Ort verlassen und sind in ihre Heimat zurückgekehrt.

Die Not und Aussichtslosigkeit auf baldige geregelte Beschäftigung ist natürlich der Nährboden für viele phantastische Pläne. So wollten 30 Glasarbeiter, die der Kommunistischen Partei angehören, nach Rußland auswandern und dort ihre Kunst in den Dienst des proletarischen Sowjetstaates stellen. Auf Grund eines Schreibens aus der Berliner Zentrale der RGO, in dem einige Bedingungen für das Arbeiten als Glasmacher in Rußland angeführt waren, wurde von der Ausreise Abstand genommen. Das Leben dort bei voller Beschäftigung soll noch schlechter sein als hier als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

Auch der Rechtsradikalismus glaubte bei diesen von der Wirtschaftskrise an den Rand des Abgrundes gebrachten Glasmachern sein Schicksal zu sichern. Ein gewisser von Weickler, Nationalsozialist und eifriger Parteifunktionär in der Hitler-Partei, hatte sich im Orte niedergelassen und wollte das Dritte Reich bringen. Bald stellte sich heraus, daß dieser nationalsozialistische Parteifunktionär den Adelstitel zu unrecht trug und staatenlos sei, eine bei den nationalsozialistischen Führern übliche Raffeneigenschaft. Wegen Betrugereien, gemeiner Beschimpfung der republikanischen Staatsform und Ministerbeleidigung wurde dieser Verkünder des Dritten Reiches, der auch nationalsozialistischer Kreisstaatsabgeordneter war und mehrere Monate Gefängnis ausdient bekommen hat, aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen. Er hat sich nach Thüringen gewandt. Am Tage vor seiner Abreise kam es noch zu einer Schlägerei zwischen ihm und einem biederen Bauern, der, selbst auch krammer Nationalsozialist, ihn in sein Haus aufgenommen hatte. Als Dank dafür verführte der stittliche Erneuerer Deutschlands, obwohl er verheiratet ist, dessen minderjährige Tochter und ließ sie in geeigneten Umständen zurück.

Bei den Glasmachern von Rädniß handelt es sich zum erheblichen Teil um hochwertige Qualitätsarbeiter, die sicherlich auch in anderen Glasfabriken des Reiches nützliche Arbeit leisten könnten und dazu auch gerne bereit sind. Aber wohin sollen sie sich wenden? Die Glasindustrie ist schlecht beschäftigt, die Arbeitslosigkeit unter den Glasarbeitern außerordentlich groß. Zudem sind die Gemeinden alle anständig darauf bedacht, den Bezug zu unterbinden und zu verhindern. Auch besteht kaum Aussicht, in anderen Teilen des Reiches Beschäftigung zu finden. Notwendig ist, daß in diesem Falle die Bestimmungen über den Bezug von Unterstützungen nicht eingehrigt ausgenutzt werden. Es wäre eine unbillige Härte gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise, sie schloß dem Elend und der Verarmung zu überlassen.

Traurige Lohnverhältnisse in der Glasheimindustrie.

Die Glasheimindustrie ist in den Orten Lauscha, Neuhaus a. d. Elbe, Zgelsch, Schmaltene, Ernstthal a. d. D., Halenthal, Haselbach, Steinbach, Steinach und in manchen anderen Orten vereinzelt vorhanden. Neuhaus a. R., Zgelsch und Schmaltene weisen zum größten Teil nur die Ampullen und verschiedenen pharmazeutischen Artikel auf. Hier ist es der Gewerkschaft gelungen, einigermaßen feste Tariflöhne zu schaffen. Nur hält die Maschine immer mehr ihren Einzug und ändert vieles. In Lauscha und den angrenzenden Orten Haselbach, Halenthal, Ernstthal und Steinbach sowie auch in Steinach ist zum größten Teil die Christbaumindustrie anwesend, aber auch verschiedene andere Branchen sind vorhanden. In Lauscha selbst, der Ort, von welchem die eigentliche Glasheimindustrie ausgegangen ist und sich auf die angrenzenden Ortschaften ausgebreitet hat, werden neben Christbaumindustrie auch noch Menschen-, Ruppen- und Tieraugen, allerlei Tiere, Glasblumen, Nippesachen aus Glas, Wägen, Kelche und ähnliche Dinge hergestellt. Die Lohnverhältnisse in der Christbaumindustrie und Glasaugenindustrie sind wohl schon vielfach bekannt und an dieser Stelle des öfteren erörtert worden. Die Entgelte der Heimarbeiter sollen hier nicht besprochen werden, sondern die Löhne der Mitarbeiter und Arbeiterinnen der in der Heimindustrie beschäftigten fremden Hilfskräfte. Es muß bemerkt werden, daß in der Heimindustrie auch fremde Hilfskräfte mit beschäftigt werden. Die Zahl der hier beschäftigten Hilfskräfte ist verschieden, oft sind es zwanzig, in einzelnen Fällen auch mehr. Daß die Löhne in der Scherzwarenindustrie des Baumstammes sehr niedrig sind, nimmt nicht sonderlich wunder. Daß die Heimarbeiter zu diesen niedrigen Löhnen arbeiten, wirkt sich naturgemäß auch auf die Hilfskräfte aus. Es ist ja so, daß die Eltern ihre Kinder, oder die Kinder, wenn ihre Eltern alt sind und noch mitarbeiten, der Bruder, die Geschwister usw. auf Kosten der Verleiher ausbeuten. So werden Stundenlöhne für über 20 Jahre alte männliche Glasbläser von 35 bis 50 Pf. für weibliche 25 bis 35 Pf. bezahlt. Wenn man aber nun glaubt, das sei nur in der Christbaumindustrie möglich, so täuscht man sich gewaltig. Die Glasaugenindustrie wird ausschließlich von den Familienangehörigen bewältigt, so daß nur ein kleiner Teil fremder Hilfskräfte beschäftigt sind.

Zunächst wollen wir uns einmal die Menschenaugenbranche etwas näher ansehen. Die Menschenaugen werden auch meistens in der Familie hergestellt. Es ist nur ein Betrieb vorhanden und einzelne Menschenaugenmacher, welche ein oder zwei Hilfskräfte beschäftigen. Wollen wir einem Beruf die Ehre erweisen, so darf man wohl sagen, daß ein Menschenaugenmacher etwas lernen und verstehen muß. Es gehört viel Scharfsinn und Fähigkeit dazu, ein verlorenes Menschenauge aus Glas zu ersetzen. Und da gibt es Arbeiter, welche dazu in der Lage sind. Man sollte nun meinen, daß mindestens ein solcher Arbeiter entsprechend seiner Leistung entlohnt würde, aber weit gefehlt. Man olavt eben, wie es so üblich ist in Südbüringens, wenn der Christbaumstamm- und Ruppenaugenmacher umsonst arbeiten kann, so können es alle Berufe.

Man wird wohl nicht zu viel behaupten, wenn man sagt, daß der Menschenaugenmacher entsprechend seiner Leistung genau

so schlecht bezahlt wird wie der Arbeiter in der Christbaumindustrie. Ueber die wirklichen Lohnverhältnisse in dieser Branche hört man eigentlich sehr wenig und kann auch keine genauen Angaben machen. Soviel steht aber fest, daß die Preise für Menschenaugen auch sehr verschieden sind, und die Löhne, die für Mitarbeiter bezahlt werden, wohl nicht viel die Löhne der Mitarbeiter in der Christbaumindustrie übersteigen. Man kennt eben keine Lohnbücher und Lohnlisten in der Heimindustrie und es bedarf noch vieler Arbeit, bis die Arbeiter der Heimindustrie den Arbeitern der Betriebe gleichgestellt sind.

In den anderen Branchen ist es nicht heller. Es sei nur die Glasblumenbranche noch erwähnt. Das ist gewiß auch eine Arbeit, die immer Kenntnisse und Fähigkeiten voraussetzt. Die Glasblumenindustrie ist eigentlich schon sehr alt, mindestens so alt wie manche ähnliche Branche in der Heimindustrie. Glasblumenmacher gab es sehr wenige. Erst vor einigen Jahren kam ein Glasblumenartikel zur Geltung, welcher einen Absatz bot. Es fanden wohl hunderte von Glasbläsern ihr Brot so bei Steinach sogar eine Glasblumenfabrik entstand. Wie die Fabrik nach Steinach kam, darüber gehen die Meinungen auseinander. Es steht aber fest, daß man sich zuerst in Lauscha darum bemühte. Wie aber alle neuen Industriezweige durch die Kurzsichtigkeit und Gleichgültigkeit der Heimarbeiter in kurzer Zeit wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden, so erging es auch diesem neuen Zweig der Blumenindustrie. Anfangs wurden gute Löhne gezahlt, aber nur kurze Zeit. Sobald ein Industriezweig in der Heimindustrie übergeht und sich darin festsetzt, ist es aus mit der Herrlichkeit. Und so muß man hören, daß in der Blumenindustrie jetzt Stundenlöhne von 30 bis 40 Pf. für Arbeiter bezahlt werden. Letztere müssen schon etwas leisten können. Man sieht sich besonders in Lauscha die ersten Schritte. Neues Besseres zu schaffen und dem Elend zu steuern die Christbaumindustrie zu entlasten. Es gelingt auch vielfach, andere Artikel auf den Weltmarkt zu bringen, aber alle verfallen dem gleichen Schicksal. So wurden Vasen, Gebrauchsgläser, Rauchservice und viele andere Kunstgegenstände hergestellt, aber die dabei erzielten Löhne weichen nicht viel von den Löhnen der Christbaumindustrie ab. Die Ursachen von diesen Verhältnissen sind sehr verschiedener Natur. Zunächst fehlt der Arbeiterschaft jeder Gedanke für eine Organisation. Es will jeder sein eigener Herr sein und noch seinem Erweisen wieschäften, ganz gleich, ob er darunter leidet und dabei zugrunde geht. Jeder möchte die Arbeit für sich allein haben, und dies versucht jeder dadurch zu erreichen, daß einer den anderen unterbietet. Was auf der einen Seite auszumachen versucht wird, wird in demselben Augenblick von der anderen Seite hintertrieben. Einerseits versucht man die Christbaumindustrie durch Einführung anderer Artikel zu entlasten, andererseits wird versucht, immer mehr Hilfskräfte in diese Branche aufzunehmen. Nicht genug, daß jeder, der seinen Beruf durch Arbeitslosigkeit aufgeben möchte, sich dieser Heimarbeiter bedient, benutzen auch andere Arbeiter, die einen Beruf ausüben, die Gelegenheit, abends in die Glasheimindustrie hineinzufischen. So darf man wohl sagen, daß der Beruf eines Christbaumstammes am meisten mißbraucht wird. Die Glasbläser bieten diesen Schwarzarbeitern aber selbst noch die Hand

beraubt. Wir sprachen von den Löhnen der Mitarbeiter und Arbeiterinnen in der Glasindustrie Südbüringens, wo unter aller Würde sind. Das Bezeichnende ist, daß in den meisten Fällen diese Heimarbeiter oder „Fabrikanten“, wie sie sich nennen, sich zur Nationalsozialistischen Partei bekennen. Es sind sogar schon Fälle bekannt, in denen man einfach die Arbeiter auf die Straße setzte, weil sie höheren Lohn forderten, oder sogar, weil der „Fabrikant“ glaubt, daß es besser oder jener Arbeiter in die Dessenlichkeit bringen könnte, für welchen Lohn gearbeitet werden muß. Die Arbeiter sind nicht organisiert, und diese Sorte „Fabrikanten“ hat es leicht, mit der Arbeiterkraft zu spielen. Es bedarf auch dieser Arbeit bis die Steine und Hindernisse in der Heimindustrie Südbüringens aus dem Wege geräumt sind, zumal Regierung und Behörden kein Interesse an der Notlage der Heimarbeiter zeigen. Man überläßt wohl selten eine Arbeiterkraft so ihrem Schicksal, wie gerade die der Heimindustrie. Schuld daran trägt wohl der Heimarbeiter selbst, da er sehr schwer für eine Organisation zu haben ist, und wenn er schon zu haben ist, über Nacht wieder erloschen will. Die Heimarbeiter sehen noch nicht ein, daß alles durch schwere Kämpfe in dieser kapitalistischen Wirtschaft erkämpft werden muß. Lieber leiden sie samt ihrer Familie anstatt gegen ihr Elend anzukämpfen. Da die ältere Generation von dem Organisationsgedanken noch nicht ergriffen ist, vererbt sich das auch auf die junge Generation; und die Jugend erkennt auch noch nicht, daß sie ihr Schicksal bessern kann, wenn sie sich organisiert und zum Kämpfen bereit ist.

Bernburg.

Die Firma Kristallschleiferei Erich Ahlert in Bernburg benutzt die jetzige Krise zur Durchführung von Tarifüberhebungen, die unter keinen Umständen von unserer Kollegenchaft ertragen werden können. Die Akordtarife sollen im Wege des Einzelarbeitsvertrages so bedeutend verschlechtert werden, daß an eine halbwegs menschlische Existenz der Arbeiterschaft bei der betreffenden Firma nicht mehr gedacht werden kann. Wir warnen vor Arbeitsangeboten nach Bernburg.



Porzellanfabrik in Waldenburg

Bemerkungen zu einer Reportage.

Nach dem gleichen Tage, an dem der staatliche Schlichter den Lohnabbau in der Porzellanindustrie durchsetzte, brachte die „Frankfurter Zeitung“ (10. 1. 1931) unter dem Titel eine Reportage „Porzellanfabrik in Waldenburg“. Ein Schriftsteller mit dem hochadligen Namen Alexander Graf Stenbod-Fermor hat sie verfasst, wahrscheinlich als journalistische Gelegenheitsarbeit. (Wir sind schon, wenn wir uns recht erinnern, diesem Namen in der „Frankfurter Zeitung“ begegnet.) Wahrscheinlich gehört der Verfasser zu den Menschen, die es sich leisten können, interessante soziale Stoffe zu suchen. Waldenburg in Schlesien hat seit einigen Jahren die traurige Berühmtheit erlangt, die Heimat des größten sozialen Elends in Deutschland zu sein. Man reißt die interesselosen reichen Fremden dort hin und wollen das Elend kennen lernen und betrachten, und beugehen es wie Besucher der zoologischen Gärten die wilden Tiere hinter Käfiggittern.

Die Reportage beginnt mit nüchternem Rezipieren der Dinge, wie man es in Reisehandbüchern gewohnt ist, die den Fremden mit den Sehenswürdigkeiten der Stadt oder der Landschaft bekanntmachen, die er besucht. Es wird festgestellt, daß die Porzellanindustrie eine der wichtigsten Industrien des Waldenburger Bezirks ist, daß dort in fünf Betrieben etwa 3400 Arbeiter, in der Mehrzahl Frauen, beschäftigt sind usw. Dann fährt sie fort:

Die wirtschaftliche Bedeutung der Porzellanindustrie liegt darin, daß aus verhältnismäßig wertlosen Rohstoffen — Ton, Quarz und Feldspat — ein hochwertiges Produkt erzeugt wird. Diese Rohstoffe können noch dazu in Deutschland gewonnen werden. Porzellan bildet daher einen sehr wertvollen Ausfuhrartikel. Die Fabriken liefern nach Skandinavien, Holland und nach der Schweiz, auch nach Nord- und Südamerika, nach Ägypten und Indien. Die Konkurrenz der Tischgeschloßwerke ist aber drückend geworden, dort wird noch billiger hergestellt. Die Waldenburger Porzellanindustrie steht in der Defensive, muß mehr und mehr die Arbeiterinnen abbauen und den Betrieb einschränken. Ich besuche die eine Porzellanfabrik in der Mitte der Stadt. Der Sekretär des Fabrikanten, ein schlanker, höflicher Herr, führt mich überall herum.

Die Räume sind lang, niedrig, schmutzig und düster. Das Fabrikgebäude ist uralt, durch verrostete Scheiben kommt ein trübes Licht. Im Halbdunkel, in grauen Staubwolken, die wie dicke, schwere Nebel durch die Räume ziehen, arbeiten die Mädchen und Frauen an langen Holztafeln. Jede Arbeiterin hat ihren bestimmten Griff, den sie viele tausendmal am Tage wiederholt. Das ohrenbetäubende Getöse der Maschinen überhört jedes Wort. Es sind junge Mädchen von fünfzehn, sechzehn, siebzehn Jahren, junge Frauen, alte bekümmerte Frauen (und diese Arbeit, dieser Dunst machen schnell alt).

Nach der Lohnliste A für die Porzellanindustrie Waldenburg vom 1. April 1930 erhält eine fünfzehn- bis sechzehnjährige Fabrikarbeiterin für eine achtstündige Arbeitszeit 1,44 RM (Stundenlohn 18 Pf.). Das bedeutet einen Monatsdienst von 21,56 RM. Mit dem Alter steigen die Löhne. Sechzehn- bis achtzehnjährige Mädchen kriegen pro Schicht 2 RM (Stundenlohn 25 Pf.), achtzehn- bis zwanzigjährige Mädchen 2,56 RM (Stundenlohn 32 Pf.). Über zwanzigjährige 2,96 RM (Stundenlohn 37 Pf.). Eine Fabrikarbeiterin über zwanzig Jahre erhält 3,44 RM. Das ist der höchste Mindestlohn. Im Alford, wenn die Frauen ihre letzte Kraft hergeben, kann der Lohn um 10 Prozent (und etwas mehr) gesteigert werden.

Die Mädchen tragen graue Kittel und weiße Kopftücher. Alle sind barfuß in Holzpantinen, Ausgemergelte, bleiche Gesichter, harter, gierige Augen, dunkel umschattet.

Die Mädchen blinzeln uns an, ziehen die Kittel kraff über die Brüste. Manche machen eindeutige Handbewegungen. Die alten Frauen sehen uns mit vorantgedrängten Augen häßlich an.

Am späten Nachmittag schließt die Fabrik. Die Arbeiterinnen strömen heraus. Einige haben braune Mäntel umgeworfen. Die Freunde, Vergewaltigte, Schleppe, warten vor dem Tor. Abends geht es auf den Tanzboden. Die Arbeiterinnen haben sich „fein“ gemacht. Man erkennt sie kaum wieder. Die müden Beine stecken in kunstseidenen Strümpfen, knallbunte Kleider hängen um die verbrauchten Körper. Die Kleider und Strümpfe sind vom Munde abgestoßen oder geküßt von „Kavalieren“.

In den dünnigen Tanzlokalen sitzen sie mit ihren Freunden und trinken Bier. Dann tanzen sie wild und hemmungslos. Die Musik schallt über ihre Köpfe. Es ist ein trauriges und trostloses Bild. Die Mädchen pressen sich gierig an die Männer. Die rümpfen, verarbeiteten Hände liegen auf den Hüften der Tänzer. Aus dem Rauche tauchen

die Gesichter der Mädchen auf, eingefallen, mit roten Waden, die Augen glänzen febrig. Jede Minute, die übrig bleibt, soll „genossen“ werden. Die Fabrikarbeit frißt die Jugend.“

Hierzu einige uns notwendig erscheinende Bemerkungen. Als Herr Alexander Graf Stenbod-Fermor die Lohnliste A der Waldenburger Porzellanindustrie kennen lernte, da hat ihm der schlanke höfliche Sekretär des Fabrikanten, der ihn durch die Fabriktagen führte, gewiß nicht mitgeteilt, daß diese Hungerlöhne noch mehr abgebaut werden sollen, abgebaut nach dem Willen des Unternehmertums und der Lohnsenkungspolitik der Brüning-Steinweg-Regierung. Aber vielleicht hat er es doch getan, denn Lohnabbau ist die Forderung des Tages, ist auch die Forderung der „Frankfurter Zeitung“ wie aller anderen kapitalistischen Zeitungen. Der oblige Reporter schafft den Fabrikanten auch schon ein Alibi für den weiteren Druck auf die Hungerlöhne, denn in der Tischgeschloßwerke „wird noch billiger hergestellt“, was ja den Lohnabbau vom kapitalistischen Standpunkt rechtfertigen soll.

Wir nehmen die Schilderung der Arbeitsräume zur Kenntnis. Niedrig, schmutzig, dunkel, traurig, uralt! Arbeitsräume und Arbeitsumwelt unverändert überliefert aus der Zeit des Frühkapitalismus. Wo ist hier Rationalisierung, d. h. die von der Vernunft geleitete Wirtschaft, die darauf bedacht ist, die Arbeitsumwelt freundlich zu gestalten und weniger gesundheitsschädlich? Solche Arbeitsräume, solche Arbeitsumwelt verraten keinen fortschrittlichen Geist der Industrie, sondern Erstarrung, Konservatismus, Mangel an Unternehmungsgeist!

Die Reportage verliert aber ihre trodene Objektivität je näher sie dem Menschen kommt. Wir kennen die Waldenburger Porzellanarbeiterinnen nicht näher; wir glauben aber sehr wohl die Art zu kennen, wie sich junge Arbeiterinnen manchen, wenn sie bei guter Laune sind, zu geben pflegen. Bestimmte ist der Verfasser mit irrtümlichen Eindrücken fortgegangen. Roterier soll auch in anderen Gesellschaftskreisen zu finden sein, ohne daß man sie immer schamlos findet, sogar, wie man uns schon berichtet hat, unter Kommissarinnen und Prinzessinnen. Auch hier soll man sich mehr oder weniger bemühen, vorhandene körperliche Reize vorteilhaft zur Schau zu stellen. Auch der stete Wechsel der großen Mode in der sogenannten großen Welt steht doch mehr im Dienste der Sinnlichkeit, als der Schönheit.

Der Schluß der Reportage erinnert uns stark an ein billiges Klischee, gezeichnet mit lieblosen Herzen, ohne Sympathie, ohne Versehen und deshalb herablassend und beleidigend. Bestimmt ist darin nicht die Wirklichkeit zu finden. Diese ist weit weniger unfruchtbar als hier erscheint. Der bunte Filterkram, mit dem junge Fabrikarbeiterinnen sich schmücken, wenn sie auf dem Tanzboden Freunde suchen, ist nicht von „Kavalieren“ geschenkt. Darin sind junge Fabrikarbeiterinnen weit stolzer als manche Damen der sogenannten guten Gesellschaft.

Ein fremder Mensch stand hier und schaute zu, wie junge Mädchen, die tagtäglich den biden grauen Staub in dunklen Räumen atmen müssen, die tagtäglich bei Hungerlöhnen maschinenhaft vieltausendmal mit ziffligen, verarbeiteten Händen die gleichen eintönigen Griffe machen müssen. Freunde im hemmungslosen Tanze suchen. Er verstand nicht, daß dieser Fries zur Freude das Einzige ist, was ein solches Leben erträglich macht.

Jawohl, die Fabrikarbeit frißt die Jugend! Der graue Staub frißt Schönheit, Anmut und Jugend! Der Kapitalismus frißt die Jugend! Er läßt sie verkommen in grauem Staube. Er tötet ihren Körper und ihren Geist noch vor der Blüte. Weshalb? Damit die Geld- und Landaristokratie in Luxus schwelgen kann. Der oblige Verfasser hat nicht bemerkt, daß zwischen dem Purus, dem Reichum, der Bildung und der Sittlichkeit seiner Standesgenossen und der Armut und den Hungerlöhnen der ausgebeuteten Waldenburger Porzellanarbeiterinnen und all den anderen Proletariats- und Proletarierinnen sehr enge Beziehungen bestehen. Ja, daß Armut und Hungerlöhne die Voraussetzung des Reichums und des Luxus sind, daß unter Wirtschaft, Rechts- und Staatsystem auf der Ausbeutung der Besitzlosen beruht.

Dieses schändliche System zu ändern, muß unsere Aufgabe sein. Dafür müssen wir werden, insbesondere unter den Fabrik-Proletarierinnen. Damit das Elend und die Hungerlöhne aufhören! Sie selbst müssen das Elend abschaffen, unter dem sie leiden. Damit wird auch der Scheinheiligen und unangebrachten Moralkritik die Selbsteigenschaft entzogen.

Deshalb einige Bemerkungen zu der Reportage „Porzellanfabrik in Waldenburg“ von Gustav Riemann.

Im Zeichen des Rückschritts.

In den Porzellan- und Steinzeugfabriken herrscht gegenwärtig — Hochkonjunktur. Leider nicht in geschäftlicher Beziehung, sondern in der Bedrückung der Arbeiter. Ein Teil Direktoren und Betriebsinhaber — nicht alle — feiern schamlos die Orgien und tumultuieren die Belegschaften bei jeder Gelegenheit. Einige haben sogar eine Satzung erlassen, diese Tätigkeit ausüben zu können. Sie haben sich in ihrem Wesen ganz darauf eingestellt und leben im Schanden das Heil ihrer Wirksamkeit. Für Sinner und Arbeiter ist nur noch auf die Schärpung der Arbeiter und Arbeiterinnen eingeleitet und mit einer richtigen Mollat vertragen sie ihre grausame Tätigkeit gegen solche, die einmal wider den Stachel gelockt haben. Einmal Opfer erst ausgeführt, die Familienangehörigen und verwandten durchgegangen und dann ist erst die Hölle ein. Am Beginn des Lebenswegs stehen Drängungen. Man weiß die vermeintlichen Sünden sorgehalten und neue erwarfen. Das kann Sachen hindern. Ist der Linder aber die Sünde nicht zur Weite geneigt, wird die Klüftung ausgesprochen. Hunderte von Porzellanarbeitern sind in den letzten Wochen und Monaten auf diese Weise behandelt und zur Strecke gebracht, d. h. entlassen worden.

Es gibt Leute von Betrieben, die anscheinend weiter nichts zu tun haben, als anzuschauen, wie man einzelne misglückliche Arbeiter und ganze Belegschaften unter Druck setzt. Sie werden ihre ganze verfügbare geistige Größe aufbringen, das Ergebnis langer Nachdenkens sogar zu Papier und schicken es weiter an ihre Auftraggeber, um zu zeigen: Seht, was ich hier geleistet habe. Seht, wie ich mich anstrengte, um auch einen Profit zu erzielen. Das gebe ich mit meiner Belegschaft zu tun. Um ich nicht ein trügerischer Porzellanarbeiter? Gerade ich nicht als getreuer Kapitalist? Wenn man nicht wie in einer Zeit, die wirklich alle und höchste geschäftliche Anspannung behält, so gehandelt und der Lohnabbau als die einzige

Rettung eines Betriebes hingestellt wird, dann kann man wahrlich begreifen, daß die Wirklichkeit in diese Bedrückung kam. Es ist nicht verwunderlich, wenn es der gesamten Porzellan- und Steinzeugindustrie so dreigig geht. Bei einer derartigen geistigen Einstellung eines Teils Verantwortlicher in der Porzellan- und Steinzeugindustrie müssen andere dringende Verantwortlichkeiten übersehen werden. Menschen, die so handeln, wie gelehrt wurde, können unendlich Geist aufbringen. In Betrieben und der Industrie förderlich ist, und bezugnehmend auf den Rückschritt bringt.

Was man so beobachten kann, was sich gegenwärtig in den Betrieben abspielt, und wie sich die Maßnahmen zu mancher Faktoren und Betriebsinhaber auswirken, ist eine Degenerationserscheinung, in ein Rückfall in verunkelnde Zeiten, ist eine Warnung für die Industrie. So manche der Handlungen sieht nach Rache aus, bei so mancher kann man erkennen, daß sie wie irgend eine Wiedervergeltung wirken soll. Scharfgemacht wird gegenwärtig im höchsten Maße. An die Zukunft wird gar nicht gedacht. Dieses blindwütige Vorgehen zu mancher Herren der Porzellan- und Steinzeugindustrie wird allerdings ein Echo auslösen, das für manche nicht angenehm klingen wird.

Die Kollegen und Kolleginnen tun gut, sich die Maßnahmen ihrer Unternehmer und Betreuer nicht nur zu merken, sondern sogar aufzuschreiben, damit sie nicht in Vergessenheit geraten; denn es kommt eine Zeit, in der sie den Scharfmachern vorgehalten werden müssen. Das muß dann geschehen der Industrie wegen und nicht etwa aus Rache. Die Arbeitskraft so mancher Werke muß sich heute schon darüber klar sein, daß sich die Zustände wieder einmal bessern müssen, und daß dann den schuldigen Bedrückern mit Hilfe der Organisationsmacht ein Tanzchen aufgepielt werden muß, damit sie wieder die Wirklichkeit kennenlernen!

Dazu ist aber notwendig, die örtliche Organisationsmacht zu erhalten, und wenn sie ja gelitten haben sollte, schnelligst

wieder zu ergänzen. Der Einzelne ist nicht in der Lage, Unternehmern den Kopf wieder zurecht zu rücken, das kann nur die Belegschaft, wenn sie organisiert ist. Also, darauf heißt es sich jetzt schon einstellen. Die Bäume der Unternehmern sollen nicht in den Himmel wachsen. Daß das nicht geschieht, dafür sorgt der Verband. Er ist unsere Stütze, unser Rückhalt in bösen und in guten Zeiten. Deshalb opfern wir für ihn deshalb hatten wir ihn hoch und vertrauen auf ihn.

Neue Kartellbestimmungen.

Ueber die neuen Preisbestimmungen des Verbandes deutscher Porzellan- und Steinzeugfabriken schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Die Kartellfunktionen des Verbandes deutscher Porzellan- und Steinzeugfabriken waren in den letzten Monaten, wie man weiß, ziemlich unwirksam geworden. Die Mindestpreise waren nicht mehr recht durchzusetzen, besonders, nachdem einige Werke als Außenseiter unterboten, und man den Versuch einer Sperre gegen diese Werke mit Hilfe eines Treubruchts im August aufgeben mußte. Seitdem arbeitet man an einer Umänderung der kartellistischen Grundlagen dieser Organisation. Anfang Januar wurde der Versuch gefaßt, die praktisch schon nicht mehr existierenden Mindestpreise völlig aufzugeben und stattdessen ein Kalkulationsschema zur Grundlage des Abkommens zu machen. Die Kalkulationen sind von jeder Fabrik für jeden einzelnen Artikel aufzustellen, und die Preise sollen das Kalkulationsergebnis nicht unterschreiten. Man ist jetzt dabei, dieses System allgemein durchzuführen, nachdem es den Fabriken schon in den letzten Monaten des Jahres 1930 freigelegt worden war, die damals noch gültigen Mindestpreise zu unterbieten, wenn ihre Kalkulation das gestattete.

Das neue System will also den Wettbewerb auch in den Preisen nicht ausschalten und nur verhindern, daß er zu Verlustangeboten und zur Preisstieglerei führt.

Nachdem das starre Preiskartell nicht durchzuführen war, versucht man es mit einer elastischeren Abmachung. Welche Erfolge diesem Versuche beschieden sein werden, bleibt allerdings zunächst abzuwarten. Man hofft wohl, auf diese Weise leichter zu einer Einigung mit den Außenseitern zu kommen. Andererseits ist aber natürlich die Kontrolle auf der neuen Basis ziemlich schwierig, und Umgebungen oder Streitigkeiten sind bei der relativ komplizierten Prüfungsweise an sich wohl leichter möglich, als sie es bei dem unhaltbar gewordenen Mindestpreissystem waren. Auch ergibt sich die Frage, wie die fixen Kosten und der Kapitaldienst in der Kalkulation behandelt werden sollen, denn sie steigen ja bei schlechterer Ausnutzung von Anlagen, so daß man gerade bei ungünstiger Abblase zu höheren und bei besserer Konjunktur zu niedrigeren Kalkulationen gelangen müßte. — ein Resultat, das zu den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Preisstellung natürlich in einem unerträglichen Widerspruch stehen würde. Vielleicht denkt man sich den schlechten Verhältnissen ab der gegenwärtigen Situation sozuzufügen als Kalkulationsbasis und will bei besserer Konjunktur auch die Verdienstsparne wachsen lassen. Diese Fragen sind ohne Kenntnis des Kalkulationsschemas natürlich nicht zu beantworten, und auch über die Zukunftsaussichten des immerhin interessanten Versuchs ist von außen her schwer ein Urteil möglich. Man hat das System wohl vom Verband für Kurzusporzellan übernommen, wo ähnliche Abmachungen schon seit längerer Zeit bestehen. Daß sie sich hier bewährt zu haben scheinen, besagt jedoch noch nichts Entscheidendes für die Hebertragung auf ein neues Gebiet, denn bei Kurzusporzellan pflegt sich ja der Konkurrenzkampf nicht in erster Linie in den Preisen abzuspielen.

Für Ausführgewerke bleibt es im Rahmen des neuen Systems wohl im wesentlichen bei den alten Bestimmungen. Wie bisher von den Mindestpreisen sollen jetzt von der Kalkulationsschema Abschläge festgesetzt werden. Das Abkommen zur Verringerung des Ausführgewerke, nach dem drei Prozent der Produktion — der Anfall an minderwertiger Ware beträgt im Durchschnitt wohl 5 Prozent — vernichtet werden sollen, bleibt in Kraft.

Ges.

Für die feinkeramische Industrie ist ein Reichstarifvertrag abgeschlossen, der in seinen Bestimmungen besagt: Die Alfordlöhne werden unter Zuzahlung einer von der geschäftlichen Vertretervertreterung zu bestellenden Preiskommission festgesetzt. Für einige Angestellte der Firma Peirich & Co., Porzellanfabrik in Selb, haben diese Bestimmungen keine Geltung. Herr G. hebt sich hier besonders hervor. Er bittet die Stützpreise, womit eine autqualifizierte Arbeiterin in 42 Stunden 6,27 RM verdient. Was würde Herr G. sagen, wenn ihm sein Chef die Stunde 15 Pf. bezahlen würde. Auch versucht G. die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse durch sein brutales Verhalten ganz besonders auszunutzen. Verlangen die Arbeiterinnen ihr taxiliches Recht, so sind keine Antworten: „Wenn nicht bast, kann gehen. Jetzt bekomme ich tüchtige Arbeiterinnen, fobiel ich möchte. Reicht Kartoffeln und Salz, ihr bibden Luder, dann reicht der Verdienst von 6,27 RM.“ Wir saßen G. daß er in ganz Selb für 15 Pf. Stundenlohn keine tüchtige Arbeiterin bekommt. Weiter sollte G. wissen, daß die meisten Arbeiterfamilien in Selb mit Kartoffeln und Salz gegenwärtig auskommen. Wir raten ihm aber, es einmal seiner Frau naheulegen, für 15 Pf. pro Stunde mit Kartoffeln und Salz zu arbeiten. Auch die Herren R. und K. hätten bei dieser Lohnbrückerie nicht fehlen.

Für den Rohbetrieb hat sich die Firma einen eneratischen, erfahrenen Betriebsleiter aus einer oberkränklichen Qualitätsfabrik herbeigeholt. Diesem Herrn steht als treuer Berater ein Herr W. zur Seite. Beide Herren verstehen die Stützpreise zu managen und die Arbeiter durch Lohnabbau mühe zu machen. Herr R. kann während seiner kurzen Tätigkeit auf Grund der von ihm einwandfrei geleiteten Stützpreisen seinen Chef schon große Fortschritte berichten. Wir freuen uns mit ihm über die großen Erfolge.

Es wäre wünschenswert, daß sich der Besitzer des Betriebes, Herr G., die Kalkulation etwas genauer anschaut, denn der Lohnabbau ist keine Rettung für die Wirtschaft. Den in Frage kommenden Unschlüssen wäre an empfehlen doch einmal das Buch „Anjaques Umana mit Menschen“ zu lesen. Die Arbeiterkraft wird sich diese Herren besonders merken und zur gegebenen Zeit ihre Ansprüche stellen. Vielleicht kommt die Zeit wieder, in der die Angehörigen der Arbeiter brauchen. Die Weltanschauung dieses brutalen Auftretens nur eine geschlossene Front im Reichsmantelvertrag, Ableitung des Fabrikarbeiterverbandes, entgegenzusetzen.

Allgemeinverbindlich erklärt.

Der Reichsmantelvertrag für die Deutsche Feinkeramische Industrie vom 1. Oktober 1930 ist für allgemeinverbindlich erklärt worden.



Wie unsere Wirtschaftsführer aussehen.

Ein günstiger Wind hat uns ein Rundschreiben der Arbeitgebergewerkschaft „Neuerfest Mittelrhein e. V., Bonn“ vom 1. Januar 1931 auf den Tisch geweht, welches ein bezeichnendes Bild auf die geistigen Qualitäten der sich selbst als große Wirtschaftsführer preisenden Herren im Arbeitgeberlager wirft. Auf die darin enthaltenen Ungereimtheiten besonders einzugehen, wollen wir uns verlagen, vielmehr den ganzen Sermon zur Erheiterung der Leser wörtlich abdrucken. Wir lassen nachstehend den Wortlaut dieses besonderen Geisteserzeugnisses, welches vom Vorsitzenden und vom Geschäftsführer obigen Arbeitgeberverbandes unterzeichnet ist, folgen:

Die Lozung für 1931.

Wenn an der Schwelle des neuen Jahres der Blick des verantwortlichen Wirtschaftlers sich zurückwendet, so sind es unter der Fülle der Eindrücke die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat, an denen er zunächst haftet. Nach dem jähren Abschluß des Bekräftigen, zu gewalttätiger Kraftentfaltung sich aufrufend, steht die deutsche Wirtschaft nach einem vorübergehenden, vielfach nur scheinbaren Aufstiege zur Jahreswende inmitten einer Krise von gewaltiger Tiefenwirkung. Die Ermittlung der Ursache bleibe den Krienerforschern überlassen, doch auch diesen werden sich zwei Geschehnisse als von unmittelbarem Einfluß auf den Lauf der Dinge aufdrängen: die nationale Abfabelung aller Wirtschaftsländer und die hemmungslos voranschreitende Umgestaltung auf Sozialwirtschaft; in eigener Lande. Während diese Umgestaltung die Krise in der Hauptsache verursacht hat, wird von sozialdemokratischer Seite ihre alle Parteiböhrin aufgewärmt und mit fanatischem Schwung ins Boll getragen, daß das private Wirtschaftssystem ursächlich für die Katastrophe sei.

Welchen Verlauf nahm die Wirtschaft unter dem privatwirtschaftlichen System in den vergangenen Jahrzehnten, so im Lauf der Jahrhunderte? Nicht frei von Erschütterungen und Krisen in Verbindung und entstanden aus besonderen Ereignissen — Missernten, Kriege u. a. — zeigt sich eine steigende Hauptrichtung mit fortgesetzter Steigerung des Wohlstandes des Volkes als Ganzes, wie des einzelnen, auch der gesamten Arbeiterschaft. Die Steigerung ihres materiellen und geistigen Kulturstandes ist an einem Beispiele mit zurückliegenden Zeiten unvergleichbar, trotz der Marxischen Verelendungstheorie. Eine solche Fort- und Hochentwicklung aller Volksschichten ist untrennbar verbunden mit dem System der Privatwirtschaft. Sie ist einzig und allein nur durch dieses, ohne Verwässerungsmandate, auch in Zukunft erreichbar. Eine Staatsbürokratie in ihrem politischen Krämer- und Stellenjägerum ist unfähig, die private Unternehmer-Initiative zu ersetzen, auch dann nicht, wenn die besten privatwirtschaftlichen Führer als Schaukulte in den Bürokratismus eingepaßt werden, in dessen naturgegebenen Schematismus sie sich nicht frei und fortwährend gestaltend auswirken können, weil die vorwärtstreibende Kraft des privaten Risikos als wesensfremd ausgeschlossen wird. Der Staat erfüllt seine Aufgabe mit Bezug auf die Wirtschaft nur dann richtig, wenn er beobachtend den Lauf der Dinge, verfehlt, Mängel durch sachdienliche Gesetze beseitigt und Vorzüge dafür trifft, daß vorkommende Auswüchse privatwirtschaftlicher Art, wie sie jedem Menschenwert anhaften, abgestellt und in die Richtung des Dienstes an der Gesamtheit geleitet werden. Die einseitig treibenden, wirtschaftlich und kulturell gestaltenden Kräfte stehen aber niemals in einem kollektiven Körper, sondern stets nur in einem Einzelmenschen.

Diese Tatsachen mögen weiten Kreisen bekannt sein, aber sie werden nicht genügend hinausgetragen ins Volk, sowenig in die Kreise der älteren Geschlechter, wie in unsere Jugend. Ein jeder bearbeitet seinen engen Aufgabenkreis, ohne ihn in Beziehung zu legen zu den großen Zusammenhängen. Wäre es anders, so würde eine ganz andere lebensfrische Bewegung, reich an Erkenntnissen und Taten, von unseren Schulen, Hochschulen und allen sonstigen Bildungsstätten, nicht zuletzt auch von der Presse ausgehen. Heberall gibt es zwar rühmliche Ausnahmen, aber das Vorherrschende bleibt, was aus diesen Kreisen, soweit sie auf dem Boden der Privatwirtschaft stehen, hervortritt, ist Tagesarbeit, Stillschaltung, nicht aber wirtschaftspolitische, mitreisende Bewegung, kein Aufbruch, kein Hinweis auf den gewaltigen Gefahrenbereich, der unsere arbeitende und verleumdete Privatwirtschaft, diesen sogenannten Privatkapitalismus, bedroht. Ohne Kapitalismus, wenn dieses Wort der vielseitigsten und verschönsten Begriffe nun einmal heute noch nicht entbehrt sein sollte, um sich zu verklären, gibt es kein Brot für ein 60-Millionenvolk, auch keinen Unterhalt für die in der Arbeitslosigkeit aller Art Verelenden. Auch im Sozialstaat ist dieser Kapitalismus nicht zu entbehren, da eine Rückkehr zum Tauschhandel und zum handwerklichen Vertrieb unter aller Bedarf niemals decken kann. Das Kapital als solches ist in beiden Fällen

wesensgleich. Was die roten Minister bis hinunter zum letzten Funktionär predigen, ist der Sozialkapitalismus, welcher in den letzten Zeitläuften nur als Nutznießer des Privatkapitalismus erscheint.

Hochbeachtlich ist dabei ohne Zweifel das das Großkapital, in wenigen Organen zusammengefaßt, einen Wachstumsfaktor in unserem Staats- und Wirtschaftsleben darstellt, der diese schädigend beeinflussen kann. Soweit diese Macht, die Lebensformen und Aufgaben der Gesamtwirtschaft nicht beachtend zum Selbstzweck wird, hat ein wachsender Staat die Lebensinteressen aller Volksschichten vor den Hebergriffen einer selbsttätig werdenden Großmacht in treue Hut zu nehmen. Nur Erhaltung und Steigerung des ganzen Volkes bedarf es der Erhaltung der Privatwirtschaft in allen Formen und damit aller, in der Wirtschaft Tätigen.

Wirft man einen Blick auf die politische Umwelt, so sehen wir eine Masse irregeleiteter Führer und Geführter. Der sozialdemokratischen Propaganda ist es in unermesslicher Arbeit gelungen, die einfachen Volk- und Vorkellungsmodalitäten des Volkes dahin zu leiten, daß heute weite Kreise meinen, das System der Privatwirtschaft sei an allem Elend unserer Tageschuld, während die Dinge so liegen, daß der kollektivistische Zwang, die unerträglichsten Lasten, die ein sozialistisch überfordertes Staat ihm auferlegt, die freien Wirtschaftsmöglichkeiten dieses Systems untergraben haben. Man kämpft gegen dieses System dieser Kampfgedanke — unter hundert Namen auftretend — ist verkappter und offener Wesensinhalt alter und neuer Gruppenführer im Volk, wesentlich auch bei den Jungverbänden. Die dem Kampfgedanken wehen die Banner in toten Farben, ihm bröhen die Reden der Marxischen, ihm lauten die Klagen der feindlichen Demonstrationen, ungeprüft und nicht durchsicht von so vielen, die mit dem Wirtschaftssystem unserer Vorfahren, das auch das unsere ist, auf Gedeih und Verderb verknüpft sind, nicht auf ihren Inhalt und ihre Auswirkung überprüft, bei den Willkürakten und bei der Presse. Zu wenig gehört sind die abnehmenden Stimmen der bisher viel zu wenig, welche unserem Volk die Privatwirtschaft mit der Eigenverantwortung für eine gesündere Zukunft erhalten wollen. Wie wenige sind es, die heranstreten an die Öffentlichkeit, und die laut und eifrig auf Straßen und Gassen sich einsehen für das private Wirtschaftssystem, dessen Gange man nicht ungefragt einem geträumten Paradies zuliebe hemmen und außer Kurs setzen kann.

Wir rufen allen Eltern, allen Wirtschaftsverbänden, Schulen, Hochschulen, der Presse, die herinnen sind zur Meinung und Klärung unserer verdunkelten Wirtschafts-Atmosphäre mitzuwirken, zum Jahreswechsel einen Wurf zu und wissen kein u. helfen als den, daß sie erkennen, was verärrt ist, daß sie helfen abzuwenden Gefahren von unserer bewährten Wirtschaft in allen ihren Zweigen.

Wägen die Stellen, denen unser Neujahrsgruß gilt, Vollbringer des Jahresprogramms 1931 werden: fester Wille variere die Schläge, die gegen unser in seinen Grundmauern noch gesundes Wirtschaftssystem geführt werden, er trete hervor aus der Verteidigung zur Aufrüstungstellung. Nicht Kampf, Aufrüstung ist notwendig; damit unser Volk frei werde von den Giftschwaben, in denen es einkehrt ist. Dann wird die Zeit nicht fern sein, an der wir ruhen können:

Dann Deutschland wird ein wahres Reich du werden,
Und deine Kinder wandern Hand in Hand —
Und machen dich zum größten Land auf Erden.
Wie du das beste bist, o Vaterland!

Arbeitgebergewerkschaft

Neuerfest Mittelrhein e. V., Bonn.

Vorsitzender:
Gos. Römer.

Geschäftsführer:
Gos. Dr. Dragenstedt.

Nach diesem Sammelsurium von wirtschaftlichen Ungereimtheiten kann man ermessen, welche „geistigen Größen“ sich innerhalb mancher Arbeitgeberverbände breit machen. Nationalsozialistische Phrasen, die sich ganz auf in einem nationalsozialistischen Geblätt ausnehmen würden, sind es, die die beiden Herren (wer von den beiden den größten Anteil daran hat, weiß man nicht) verzapft haben. Herr Dr. Dragenstedt ist auch noch Geschäftsführer der Gruppe Westdeutschland des Bundes der Deutschen Betonwerke e. V.

Zum Schluß bestreiten die beiden Herren den lahmten Bezug, um Kriegsbege zu treiben. Es kann aber auch sein, daß sie eine Anleihe bei Hitler gemacht haben. Und das will die deutsche Wirtschaft beherrschen und den übrigen Volksschichten ihre Gesetze vorschreiben.

Arme teuerste Arbeitgebergewerkschaft in Bonn. Aber solche „Geistesgrößen“ gibt es im Arbeitgeberlager noch viele.

Der aktive Betriebsrat in der Ziegelindustrie.

Als die feste Stütze der Gewerkschaft im Kampf mit den Wirtschaftsmächten und im Kampf um das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft, zeigt sich der aktive, d. h. der sich für alle betrieblichen Vorkommnisse interessierende Betriebsrat. Dieser im Vertrauen auf Tatkraft und Umsicht gewählte Funktionär soll seinen Posten im gewerkschaftlichen Sinn verwirklichen und so arbeiten, daß alle Geschäfte festgehalten und der Gewerkschaft überantwortet werden, damit diese in der Lage ist, die richtigen Maßnahmen zur rechten Zeit ergreifen zu können, um den Kollegen Vorteile zu schaffen. Eine derartige Funktion, getragen von dem Willen, das in ihr gelebte Vertrauen zu rechtfertigen, verlangt Idealismus und Opferbereitschaft für die Sache. Also Festhalten auch der unheimlichsten Dinge, soweit sie das Interessengebiet des Ziegelfabrikarbeiters berühren. Material sammeln und bearbeiten muß der Betriebsrat können, um aus den betrieblichen Vorgängen, das für die Ziegler nützliche herauszuziehen. Will man die Öffentlichkeit von der außerordentlich schlechten wirtschaftlichen Lage der Ziegelfabrikarbeiter, von der schweren gesundheitsschädigenden Arbeit überzeugen, so müssen wir Beweise bringen. Material in den Händen haben, mit dem man auch Forderungen nach Änderung verfechten kann. — Reicher gelangt, wie getan. Wie beschaffe ich mir nun das Material? Es will ich vernünftig aus meinen betrieblichen Erfahrungen und meiner vierjährigen Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender heraus Hinweise zu geben, die vielleicht auch andere im Betrieb tätige Kollegen zu einer Diskussion bewegen. — Quert bedenklich, welche Methode die richtige ist! Radikal oder ruhig, sachtlich durchdachtes Vorgehen, Verbindung suchen mit der Betriebsleitung. Die meist in verbitterter Gegnerschaft zur Gewerkschaft stehenden Betriebsleitungen werden wohl jeden Radikalismus von vornherein unterbinden, darum ist es ratsam, durch ruhiges bedachtes Benehmen sich als Vertreter der Gesamtarbeiterschaft zu verhalten. Nun ist es ja in den meisten Fällen außerst schwierig, etwas vom Arbeitgeber zu erfahren, was dem Arbeiter nützlich sein könnte, obwohl die §§ 71 Abs. 1 und 99 des WRG be-

stimmen, daß der Arbeitgeber auf Verlangen die notwendigen Aufschlüsse geben muß und Maßregelungen, die den Grund in diesem Verlangen tragen, nicht stattfinden dürfen. Hier müssen, wo die Betriebsleitungen hartnützig sind, um nicht in Verlust des Arbeitsplatzes zu kommen, Mittel und Wege gefunden werden, um sich die erforderlichen Kenntnisse anderweitig zu beschaffen. Das wäre die Unternehmung durch die Kollegen. Vertrauen sie auf den Betriebsrat, so bitte sie, bei deinem Bestreben beifällig zu sein. Gewerkschaftliche Tätigkeit heißt: Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. — Schaffe dir ein Tagebuch an, in dem du alle Tagesvorkommnisse, wenn nötig auch Zeit, Ort, Handlung notierst, um zu Hause jede besondere Handlung in die dazu bestimmte Rubrik einträgt. Der Lohnzettel deiner Kollegen gibt dir Aufschluß, Notierung der Löhne der verschiedenen Gruppen; wöchentlich Bruttoverdienst, Arbeitszeit, Leistungen, soziale Abgaben. Monatlich zusammengezogen hat man stets den Durchschnitt, und ist in der Lage der Gewerkschaft die Unterlagen zu überreichen.

Bei dieser Gelegenheit erkennst du eventuelle Differenzen bei den Löhnen, denn überall versuchen die Arbeitgeber herumzujucken, und Pflicht des Betriebsrates ist ja, für die Einhaltung des Tarifeszorgs zu tragen. Es wird wert sein, ein besonders wachsames Auge auf die Lage der Mitarbeiterinnen zu haben. Vielfach wird die Frauenarbeit als etwas Untergeordnetes betrachtet und nicht berücksichtigt, daß die Frauen in Anbetracht ihrer körperlichen Konstitution bei den Arbeiten in der Ziegelfabrik ruiniert werden. Die Modernisierung der Ziegelfabrik bringt im erhöhten Maße die Frauen in den Betrieb. In diesem Punkt muß alles beachtet werden, um einmal den Frauen den Verdienst zukommen zu lassen, auf den sie Anspruch haben und andererseits die Arbeiten für die Männer freizumachen, die für die Frauen in der Folge den gesundheitlichen Ruin bedeuten. Also, besondere Beobachtung der Frauenarbeit!

Neben dem Lohngebiet gibt es noch eine Menge anderer Punkte zu erledigen: die Arbeitsbedingungen. Unter was für

schlechten Bedingungen, zumal in den rückständigen Betrieben, arbeiten die Ziegler? Und die Arbeitgeber haben nur ein Bedauern übrig. Bei der Behandlung aller uns interessierenden Fragen mit dem Arbeitgeber ist nicht zu unterlassen, einen Kollegen als Zeugen mitzunehmen, das Besprochene, auch die wichtigsten Dinge, auf dem Papier festzuhalten. Es könnte sein, daß das nebenfächlich betrachtete Hauptfache wird. Notiere alles ins Tagebuch, auch das Resultat jeder Forderung. Denke an die hygienischen Verhältnisse, wie wird doch hier an den Menschen gefündigt! Die Arbeitsräume, der Unterluftraum, das Arbeitslokal, Aborte, das sind Fragen, die immer wieder aufgerollt werden.

Deine Organisation hat Interesse daran, alles zu erfahren und zwar sehr genau. In deinem Tagebuch muß das stehen. Weiter soll sich der Betriebsrat seiner Aufgabe zur Bekämpfung der Unfallgefahren bewußt sein. Durch Aufzeichnung wirst du den Gewerbeaufsichtsbeamten wertvolle Hinweise geben. Dem Arbeitgeber fehlt ja immer das nötige Geld, um etwas für seine Arbeiter zu tun. Lege Wert auf ganz genaue Notierung der Unfälle, das muß stimmen. Handlung, Ort, Zeit und Zeugen. Du kannst mitunter deinem verunglückten Kollegen von großem Nutzen sein. Aber nicht nur große Unfälle, auch die kleinen Verletzungen müssen ebenso behandelt werden. Schon mancher hat durch Nichtbeachtung einer kleinen Wunde Gliedmaßen verloren, im schlimmsten Fall den Tod erlitten. Die Organisation, in Vertretung dieser Fälle, wird getüßt auf die Aufzeichnung, den Angehörigen ein Helfer sein. Sorge dafür, daß die Vorschriften der Unfall-Versicherungsgesellschaft durchgeführt werden. Gesundheitschädigend ist die große Hitze im Ofen. 70-80 Grad ist nichts Seltenes. Defteres Messen der Temperatur, früh, nachmittags, in welcher Höhe, Lufttemperatur berücksichtigen. Auch das gehört ins Tagebuch. Es wird Zeit, diesem unheimlichen Arbeiten in dieser Hitze Einhalt zu gebieten. — Ein gewissenhafter Funktionär vergißt auch nicht, die Betriebsratsitzungen und Betriebsversammlungen mit den Tagesordnungspunkten einzuschreiben. Die nach uns Kommenden sollen bis ins kleinste orientiert sein. Die Betriebsratsstärke männlich, weiblich, das Organisationsverhältnis, alles ist wichtig und des Nachhaltens wert. — Das ist aber noch nicht alles. Ueber das rein Betriebliche muß das Interesse des aktiven Betriebsrates noch hinaus gehen. Die Beobachtung der Konjunkturbewegung im Vergleich zur betrieblichen Tätigkeit, des Geschäftsganges und der Beschäftigungsdauer, in Verbindung mit der jährlichen, bzw. der saisonmäßigen Produktion, sind notwendig und außerst vorteilhaft für die Organisation. — Haben wir bisher das Wirtschaftliche betrachtet, so ist es auch nicht von Hebel den uns angehenden Personenkreis der Beobachtung zu unterziehen, wer Mitarbeiter, Mitkämpfer ist, vielleicht ihre politischen und kulturellen Interessen kennen zu lernen, die wiederum der gewerkschaftlichen Arbeit nutzbar gemacht werden können. Die Zusammenlegung der Belegschaft: ob berufstätig, berufsunfähig oder ungelernete Arbeiter muß ebenfalls dem Wissensgebiet des Betriebsrates angehören. — Hineindenken in die Materie, mitfühlen, denn alle sind von den Gedanken befeelt, sich von der wirtschaftlichen Knechtung freizumachen, soll den Betriebsrat zu außerordentlicher intensiver, gewerkschaftlicher Arbeit anspornen. Es wäre noch manches zu erwähnen, nur die Hauptfachen habe ich in den Kreis meiner Betrachtungen gezogen. Das Wertvolle der aktiven betrieblichen Tätigkeit ist: Tagesbuchführung, aufzeichnen auch der kleinsten Ereignisse, um dann zu Hause die Registrierung unter dem dazu bestimmten Titel vorzunehmen. So kann man jederzeit eine Statistik zusammenstellen. Damit erhalten wir genauere Einblick in die von der Organisation betrauten Betriebe. An Hand dieses Materials können wir in der Öffentlichkeit die Interesse für die schlechte Lage der Ziegelfabrikarbeiter wachrufen. Unsere Leitung hängt dann nicht mehr in der Frage der Ziegelfabrikbetriebe in der Luft, es ist etwas Konkrete vorhanden, das sich oben auf die wirklichen Ereignisse stützt, und die Argumente der Unternehmer zerschlägt. Es wird natürlich nicht an Stimmen fehlen, die behaupten, die vorliegende Schilberung wäre unbrauchbar. Das gibt es meiner Meinung nach nicht. Wo der Wille, da geht alles, und sei es auf Umwegen. Bei kleineren und mittleren Betrieben geht es ohne weiteres und bei Großbetrieben liegt es an der Geschicklichkeit des Betriebsratsvorsitzenden, die Kollegen der verschiedenen Gruppen zu interessieren und um ihre Unterstützung zu bitten. Wir müssen erst aufwachen! Allerdings darf nicht geklappt werden, damit die, denen es nichts angeht, nichts hören und ihnen keine Hand habe geboten nicht. Offene Augen und gutes Gehör sind Voraussetzung. Soll es besser um das Dasein der Ziegelfabrikarbeiter stehen, soll unsere Organisation die Stütze bleiben, so liegt es in erster Linie in der Hand des Kollegen, der Funktionär ist, du bist die Quelle, wo das Material heransammelt. Material, Statistiken sind im modernen gewerkschaftlichen Kampf eine „Notwendigkeit“. Nur damit können wir unsere Gewerkschaft treffen. Durch das tatsächliche Geschehene. Verleste dich in diese Materie, du wirst immer mehr Interesse daran finden und deine Kreuze an der gewerkschaftlichen Arbeit wird zu größerem Eifer anspornen. Hans Ludwig, Eisenberg i. Th.

Errichtung einer neuen Zementfabrik in Ostpreußen.

In der Unternehmerrachpresse wird gemeldet, daß sich in Königsberg i. Pr. unter der Firma „Zement“ G. m. b. H. eine Gesellschaft gegründet hat. Die Gesellschaft will in Ostpreußen eine neue Zementfabrik errichten. Zu diesem Zweck sollen die Fabrikanlagen der ehemaligen Union-Hörsing verwendet werden. Die chemischen Untersuchungen und Versuchsreihe mit ostpreussischem Rohmaterial sollen sogleich durchgeführt werden. Als Rohmann soll Dr. Stiefens, der bereits schon früher Direktor einer großen holländischen Zementfabrik war, gewonnen werden. Mit den notwendigen Umbauarbeiten soll schon im Sommer d. J. begonnen werden.

Ob die Gesellschaft von bisherigen Auktionen koordiniert wurde, oder im Einverständnis der Zementverbände erfolgt ist, geht aus den Meldungen nicht hervor. Die Meldung selbst ist ohne irgendwelchen Kommentar erschienen.

In Ostpreußen bestand bisher keine Zementfabrik und wird der Zement durch die hohe Kraft ziemlich wertvoll werden sein. Dem so wohl durch die neue Gründung abgeholfen werden. Ob das Projekt verwirklicht wird, bleibt abzuwarten.

Man kann ohne Liebe Gull spalten, Ziegel formen Eisen schmieden, aber mit Menschen darf man nicht ohne Liebe umgehen. Zwar kann man sich nicht zur Liebe zwingen, wie man sich zur Arbeit zwingen kann, aber daraus folgt nicht, daß man mit den Menschen ohne Liebe umgehen darf. Wenn du keine Liebe zu den Menschen empfindest, so halte dich fern. Beschäftige dich mit dir selbst oder mit irgendwelchen Sachen, aber nicht mit Menschen. L o l t o l

Gewe und Zahlstellen

Chemnitz, Vertreterversammlung.

Am 18. Januar 1931 fand im Chemnitzer Volkshaus die von 78 Delegierten besuchte Vertreter-Versammlung der Rahlstelle Chemnitz statt. Eine sehr reichhaltige Tagesordnung war zu erledigen und es wird vorausgeschickt, daß diese trotzdem in ruhiger, sachlicher Weise ihre Erledigung gefunden hat.

Nach den üblichen Formalitäten und der Ehrung der im Laufe des Jahres 1930 hervorgerufenen Mitglieder eines Kollegen Siegmund zum Geschäftsbericht über und führte nach Erörterung der gegenwärtigen Wirtschaftslage ungefähr folgendes aus:

Diese Arbeit haben unsere Funktionäre und Betriebsräte im vergangenen Jahre leisten müssen ohne ihre Mithilfe wäre die Arbeit nicht zu bewältigen gewesen und der Anstoß der Unternehmer auf Verkürzung des Lohnes und Verlängerung der Arbeitszeit hätte in diesem Maße nicht abgewehrt werden können, denn schämmer als in der Inflationszeit häuften sich jetzt für alle Funktionäre die Arbeit, weil eben bei jeder Kleinigkeit die Unternehmer glauben, Herr im Hause zu sein und jeden Anlaß benutzen, um mißliebige Arbeiter oder Funktionäre zu entlassen.

Auch beim 2. Punkt des Geschäftsberichtes, dem Bericht des Kassierers, Koll. Eger, war ersichtlich, daß die überaus große Arbeitslosigkeit innerhalb der Rahlstelle sich auswirkt auf die Kassenverhältnisse, haben doch allein etwa 1500 Mitglieder, die bereits ausgeteuert sind, in der Rahlstelle die Sonderunterstützung des Vorstandes erhalten. Diese Zahl beweist außerordentlich, daß auch durch die Sonderunterstützung viel Not und Entbehrung von unseren Mitgliedern abgemindert worden ist. Trotz der bestehenden mißlichen Verhältnisse ist die Beitragsleistung im allgemeinen noch gut und trotzdem ist auch die Mitgliederbewegung als gesund zu bezeichnen.

In der darauf folgenden Debatte, an der eine ganze Reihe von Rednern sich beteiligten, wurde die Tätigkeit der Angestellten sowie aller Funktionäre anerkannt. Kritik wurde so gut wie nicht geübt, nur über die verabsagten Volkshausmärkte entspann sich noch eine regere Debatte, indem ein Kollege erklärte, heute sei kein Anlaß dafür vorhanden, Volkshäuser zu bauen, man solle lieber die 5 Pf. pro Woche den Erwerbslosen zugute kommen lassen.

Im Schlußwort betonte Kollege Siegmund, daß die Debatte sich dieses Jahr auf ziemlich geistiger Höhe bewegt habe, Kritik sei sehr sachlich geübt worden, was zu begrüßen sei. Die Vorgänge in der Festzeit beweisen aber mit aller Deutlichkeit, daß Einigkeit mehr denn je notwendig sei, daß den Spaltungsbereitungen innerhalb der Gewerkschaften durch Nazis und NSD, vielmehr Beachtung geschenkt werden muß, denn nur eine geschlossene Gewerkschaft kann auch diesem Unwurm, der wir jetzt zu bestehen haben, überwinden.

Eine Reihe von gestellten Anträgen wurde übereinstimmend einstimmig angenommen, ebenfalls der Antrag der Ortsverwaltung, für die kommenden Wahlen zum Verbandstag in München sechs Kandidaten vorzuschlagen und zwar zwei Angestellte und vier Kollegen aus den Betrieben.

Am 4. Punkt der Tagesordnung haben die Kollegen Sellmann und Siegmund ein anschauliches Bild über die Lohnbewegungen in den von uns vertretenen Industrien, woraus zu ersehen war, daß leider in fast allen bis jetzt abgeschlossenen Tarifverträgen eine Verminderung des Lohnes von 3 bis 5% einbezogen ist. In einigen Betrieben konnte durch Vereinbarung ein neuer Tarifvertrag geschlossen werden, in einigen anderen Industrien sind die Arbeitgeber gar nicht ernstlich gewillt, einen neuen Lohn- oder Mantelvertrag abzuschließen. Sie glauben in der jetzigen Situation die Löhne ohne Vertrag stärker herunterdrücken zu können, und Tatsache ist ja nun auch einmal, daß sich letzten Endes Leute finden, die einen diesbezüglichen Revers auf weiteren Lohnabbau unterschreiben.

In längeren Ausführungen beschäftigte sich dann Kollege Siegmund auch mit dem erregenden Sachverhalt für die Papierindustrie, welcher einen Lohnabbau auf dem Geldlohn von 6 Pf. bringt. Einmütig waren die anwesenden Delegierten aus der Papierindustrie der Auffassung, daß dieser abgelehnt werden muß.

Eine von der Delegierten Dreierdelegation eingebrachte Entschließung wurde einstimmig angenommen, nur mit der Veränderung im fünften Absatz, daß es heißen muß: Bei Durchführung des 9. und 10. Schuljahres muß Lehr- und Lernmittelfreiheit gewährleistet sein.

Der Antrag eines Redners wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt und die Wiederwahl der Ortsverwaltung vollzogen. Einige Kollegen beschäftigten sich noch in der Diskussion mit den Doppelverdienern, mit der Zulassung ausländischer Arbeiter und beschriebenen anderen Fragen welche aber der Geschäftsleitung als Material resp. den zuständigen Organen überwiesen wurden.

Mit dem Ab-1 an alle Funktionäre, auch für die fernere Zeit der Organisation Töne zu schwören, auch fernerehin, wenn die Organisation zeit, den nicht immer leichten Dienst

derselben mit verrichten zu helfen, schloß Kollege Siegmund mit Dank an alle Funktionäre und Mitarbeiter und der Mahnung, die jetzige Situation gut zu beobachten und auszunützen, die Versammlung. Max Sellmann, Schriftführer

Entschlüsse!

Die am 18. Januar 1931 zur Jahreshauptversammlung zusammengetretenen Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Rahlstelle Chemnitz und Umgebung, beschließen, nachdem sie vom Jahresgeschäfts- und Kassenbericht Kenntnis genommen haben, folgendes:

1. Vom Jahresgeschäfts- und Kassenbericht wird zum stimmend Kenntnis genommen, die Tätigkeit der Ortsverwaltung und Geschäftsleitung anerkannt. Die Vertreter-Versammlung ist der Auffassung, daß in diesen schweren, wirtschaftlichen Zeiten von der Ortsverwaltung und Geschäftsleitung getan wurde, was möglich, durchführbar und im Interesse der Mitgliedschaft notwendig war.

2. Die ungenügende Arbeitslosigkeit muß als eine der hauptsächlichsten Ursachen an den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen anerkannt werden. Notwendig ist deshalb, daß Reich, Staat und Gemeinden sowie alle übrigen öffentlichen Institutionen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die größtmögliche Aufmerksamkeit widmen.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit in aller erster Linie in der heutigen kapitalistischen, falschen Wirtschaftsordnung zu suchen sind beschließt die Vertreter-Versammlung, beim Hauptvorstand, beim NSD, vorstellig zu werden, um zu verlangen, daß der ganze Einfluß geltend gemacht wird, damit

a) eine Verkürzung der Arbeitszeit auf mindestens vierzig Stunden pro Woche in allen Industrien im Handel und Gewerbe durchgeführt wird, damit Arbeitslose untergebracht werden können. Regliche Lieberarbeit ist, wenn nicht lebensnotwendig, verboten.

b) Zur Verminderung der Arbeitslosenzahl ist die Durchführung des 9. und 10. Schuljahres erforderlich.

c) Die Altersrente soll mindestens vom 60. Lebensjahr an gewährt und so erhöht werden, daß ein Auskommen möglich ist.

d) Angestellte und Beamte des Reiches, der Länder und Gemeinden sind mindestens mit dem 60. Lebensjahr zu pensionieren. Den in der Privatindustrie tätigen Angestellten hat die Angestellten-Versicherung die Altersrente in angemessener Höhe vom 60. Lebensjahr an zu bezahlen.

e) Auf gesetzlichem Wege muß versucht werden, die Doppelverdiener (das sollen nur solche sein, wo der eine Teil ein menschenwürdiges Einkommen hat) aus den Betrieben zu entfernen. Es muß verhindert werden, daß Leute, die als Staatsbeamte Pension beziehen, nebenbei noch in den Betrieben beschäftigt werden.

f) Tritt trotz Durchführung vorstehend genannter Forderungen keine wesentliche Verringerung der Arbeitslosenzahl ein, was kaum glaublich erscheint, so ist die vorhandene Arbeit gerecht zu verteilen.

g) Der Frage des Lohnausgleichs haben die Gewerkschaften, hat der NSD, insbesondere, größtmögliche Beachtung zu schenken. Eine Regelung auf gesetzlichem Wege als Notmaßnahme ist anzustreben. Die Vermählung aber ist sich im Klaren darüber, daß eine Änderung der heutigen mißlichen Wirtschaftsverhältnisse nur dann möglich sein wird, wenn es der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit gelingt, das heutige Wirtschaftssystem zu ändern. Es darf nicht mehr produziert werden, um den Verbrauch zu decken, sondern es muß produziert werden um den Bedarf der breiten Masse zu befriedigen. Die Versammlung ist sich im Klaren darüber, daß, wenn die Produktion auf den Bedarf umgekehrt, wenn die Kaufkraft der breiten Massen zweckentsprechend gesteigert würde, dann die Arbeitslosigkeit sehr bald behoben sein würde.

In diesem Zusammenhang wendet sich die Versammlung einmütig gegen das Verhalten der deutschen Unternehmer, die Löhne in brutaler Weise herunterdrücken. Die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß bei dem heutigen Stand der Technik nicht ein Abbau des Lohnes, sondern im Gegenteil, um die Wirtschaft anzukurbeln, eine Erhöhung desselben notwendig ist.

Die Versammlung weiß, daß diese Forderungen nur durchgeführt werden können, die Wirtschaftsordnung geändert werden kann, wenn die Arbeiterklasse einig ist. Sie wendet sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die neuen Spaltungsbereitungen, gegen die Gründung neuer Gewerkschaften durch die sogenannte NSD. Mehr denn je ist die Einigkeit der Arbeiterklasse notwendig und die Versammlung fordert deshalb alle Mitglieder auf, in den Versammlungen dafür einzutreten, daß die Organisation erhalten, ausgebaut und gestärkt wird.

Osnabrück, Generalversammlung.

Am 14. Januar 1931 fand im Gewerkschaftshaus in Osnabrück die Generalversammlung statt.

Kollege Schmidt gab den Jahresbericht. Er führte unter anderem aus: Trotz der Wirtschaftskrise und der schlechten politischen Lage wurde der Mitgliederbestand gehalten, ein Zeichen, daß die Mehrheit der Arbeiterchaft für die Spaltungsbereit der Kommunisten und Nazis nicht zu haben ist.

Lohnpolitisch betrachtet, sind in den einzelnen Industrie- und Rahlstellen die Unternehmer auch mit den Lohnabbaubereitschaften nicht zurückgeblieben. Auch bei der Rheinisch-Westfälische Zementindustrie zum 31. Dezember auf und wurde ein Lohnabbau von 8 bis 10 Proz. beschlossen. Ein Antrag des Schlichters im Dortmund sieht einen Lohnabbau von 5% vor. Trotz der Ueberzeugung, daß der bisherige Lohn schon zu gering war, wurde er angenommen. Die Zementindustrie hat sich im Gegensatz auch das Ziel, welches sonst immer will beibehalten war. Die Zementwerke lassen neue Werke entstehen und andere werden stillgelegt. Welch großes Maß der Wirtschaftskrise ist hier anzusehen. Wer mag noch an die berufliche Wirtschaftsbewahrung glauben? Es ist das Ziel der organisierten Arbeiterchaft, sie anders zu gestalten. — Auch in der Papierindustrie wollen die Unternehmer einen Lohnabbau von 10 bis 12 Prozent haben, kann auch Stilllegungen, so bei der Firma Schwaneritz auch bei Scheller teilweise, dieselbe ist auch bei der Rindholindustrie in Welle der Fall. Die einzige Industrie im Bezirk, welche noch ziemlich gute Verhältnisse hat, ist die Porzellanindustrie in Pöthen. Aber es scheint, als ob es dort auch nicht mehr weiter geht, denn die Firmen sind auch dem Konzern beizugehörig, und die Nationalisierung wird auch dort große Fortschritte, es sind auch schon Entlassungen vorgenommen worden. Trotzdem sind aber beim letzten Tarifabschluss noch Verbesserungen des Tarifs einzuzeichnen.

Auf Antrag des Kollegen Schmidt wird die Aussprache bis zur Erledigung des 2. Punktes zurückgestellt.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer, Kollege Bahlsbusch, den Jahreskassenbericht und den Bericht vom 4. Quartal. Er führte aus daß in einem Haushalt die Finanzen immer bewahren, ob Ordnung herrsche. Denn, wo sie nicht in Ordnung sind, sind Konflikte. Darum sei es Aufgabe der Arbeiterchaft, in die Parlamente und Kommunen die richtigen Forderungen zu wahren, damit die Lasten nicht allein von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden. Aus dem Kassenbericht konnte man ersehen, daß die Einnahmen trotz der großen Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre noch gestiegen waren. Die Ausgaben sind hauptsächlich in der Arbeitslosen- und Sonderunterstützung zu finden. Auch für die Invalidenunterstützung wird schon eine ziemlich Summe ausgeben. Aus dem Bericht konnte man ersehen, daß die Organisation nicht allein wirtschaftlich und sozialpolitisch arbeitet, sondern auch dazu beiträgt, den Mitgliedern der heutigen Wirtschaftskrise nach Möglichkeit zu helfen. Zum Schluß seiner Ausführungen bat der Kollege Bahlsbusch, im neuen Jahre alles daranzusetzen, daß die Einheit und Geschlossenheit innerhalb der Organisation gewahrt bleibe, dann sei ihm um die Zukunft nicht bang.

Dann legte die Aussprache ein.

Der Kollege Schneider (Hörstel) trat für eine Änderung in der Invalidenunterstützung ein. Der Kollege Haslage (Pengerich) verlangte eine Revision des Statuts in der Arbeitslosenunterstützung, überhaupt müsse im NSD, mehr einseitig in Unterstützungsangelegenheiten gearbeitet werden damit einzelne Organisationen die Initiative nicht erschwert werde. Kollege Sellmann (Schweller) bemängelte die späte Einladung zur Versammlung. Es sprach ferner noch die Kollegen Nordmeier (Dissen), Bahlsbusch und die Kollegin Sabied.

Auf Antrag des Kollegen Dietmann (Nelle) wurde dem Kassierer für seine tadellose Führung der Kassenberichte einstimmig Entlastung erteilt.

Kollege Schmidt stellte nach Schluß der Aussprache fest, daß die Aussprache der Versammlung ante Fingerzeige aneben habe. Drückend die Mängel im Statut sollen diese in den Versammlungen zum nächsten Verbandstage bebrochen und dann dem Delegierten mit auf den Weg aneben werden.

Die Kollegen der Papierindustrie verlangten auch einen Sitz im Vorstand. Auf Antrag des Kollegen Schmidt wird der Vorstand von 7 auf 9 Personen erhöht und der alte Vorstand unter Einziehung des Kollegen Wikmann (Papierindustrie) einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand besteht aus folgenden Personen: Wilhelm Schmidt, 1. Bevollmächtigter, Heinrich Bahlsbusch, 2. Bevollmächtigter, Heinrich Krieche (Knabruß), Heinrich Wikmann (Knabruß), Robert Weber (Knabruß), Heinrich Dietmann (Nelle), August Nordmeier (Dissen), Hermann Haslage (Pengerich), Gustav Schneider (Hörstel), Fritz Wikmann (Schweller). Der Kollege Krieche (Knabruß) bat die Kollegen, aufmerksam die politische Lage zu beachten und sämtliche Vorkommnisse der Versammlung mitzuteilen. Denn den Nazis und Nazis komme es nur darauf an die Gewerkschaften zu zerstören, vor allen den Nazis. Wenn diese die Macht im Staate bekämen, sei es mit der ganzen Arbeiterbewegung vorbei, gerade so wie in Italien.

Am Schluß der Versammlung stellte der Kollege Schmidt fest, daß alle Funktionäre befreit gewesen seien, die Transition zu fördern und sprach ihnen den Dank der Versammlung aus. U. Haslage.

Hiesberg i. Nbg., Generalversammlung.

Die Bezirksrahlstelle Hiesberg i. Nbg. i. A. u. i. u. hatte zu ihrer Generalversammlung am 18. Januar den Kollegen Krenninger, Charlottenburg, für ein wirtschaftspolitisches Referat gewonnen. Die Ausführungen des Redners, die eine klare Antwort auf die Fragen — „Wie steht es mit der deutschen Wirtschaft?“, „Warum ist es so gekommen?“, „Welche Möglichkeiten für eine Besserung der Verhältnisse sind gegeben?“ — gab, standen im Mittelpunkt der Veranstaltung, die einer außerordentlich harmonischen Verlauf nahm. Mit einem vorläufigen Material ausgerüstet, verstand es der Redner, die Mitglieder davon zu überzeugen, daß mit Phrasen und Schlaworten ebensowenig in der Wirtschaft auszurichten ist, als mit Gewaltmitteln. Eine außerordentlich rege Aussprache zeigte, daß der größte Teil der Delegierten die Meinung des Kollegen Krenninger, des Hauptvorstandes und der freien Gewerkschaften überhaup, für richtig hielt. Der Geschäftsbericht, der den Versammlungsteilnehmern vervielfältigt einige Tage vor der Generalversammlung zugegangen war, wurde recht wenig besprochen. Nur einige besondere Punkte gelangten zur Erörterung. Auch die Wahl der Ortsverwaltung war in wenigen Minuten durch einstimmige Beschluß abgewickelt. Die Generalversammlung hat gezeigt, daß der Kern unserer Mitgliedschaft durchaus gesund ist, und daß unsere Funktionäre im Betrieb und Ortsgruppen keineswegs gewillt sind, den Phrasen von rechts und links nachzulaufen. Dasselbe Ergebnis zeigten eine Anzahl von Versammlungen, die im Anschluß an die Generalversammlung in den folgenden Tagen in den verschiedensten Orten der Rahlstelle stattfanden. Überall mußten unsere Kollegen erkennen, daß insbesondere die finanziellen Leistungen des Verbandes sich sehen lassen können. Wenn das Jahr 1931 eine starke Verschlechterung nicht bringt, so dürfte mit einem Bestand unserer Rahlstelle in der jetzigen Höhe zu rechnen sein. h. v.

Literarisches.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 1930. Heft 12. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, O. m. b. H. Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3.60 RM. für Gewerkschaftsmitglieder 2.85 RM. „Das Neue Bild“, die Zeitschrift des Arbeiter Lichtbild-Bundes, kann für 40 Pf. monatlich bei jeder Volksbuchhandlung und Postanstalt bestellt werden. Probehefte sendet der Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin S. 42, gegen Ueberweisung von 30 Pf. in Briefmarken, einschließlich Porto. Sie können aber auch in jeder Volksbuchhandlung eingesehen werden. Die Normung in der Hauswirtschaft, von Dr. Margarethe Rudorff, Hauswirtschaftliche Lehrdienst des Reichsministeriums für Wirtschaftlichkeit, Berlin NW 6, Luisenpark 58/59 — in dem Heftchen wendet sich die Verfasserin an die einkaufende Frau, die daraus achten soll, daß sie nur g e n o r m t e Einkaufsmittel, Deckel, Milchflaschen g e n o r m t e Kochgeschirr, g e n o r m t e Betten usw. kauft, damit die Normung unterstützt wird. Mit der Normung wird so mancher Hausfrau die Hausarbeit erleichtert und bequemer gemacht. Das ist zu beachten. Wer sich für die neuen Anregungen interessiert, möge sich die Schrift bei der obigen Stelle beschaffen. Der Preis beträgt 50 Pf.

Mütter, Kinder und Gesundheit, ein Merkbüchlein für werdende und junge Mütter, von Dr. Eduard Mosbacher, gab der Hauptverband Deutscher Krankenkassen, E. V., in der 3. Auflage heraus. Erschienen ist das Buch bei Leo Alterthum, Verlag, Charlottenburg 9 — Junge werdende Mütter sollten sich das Merkbüchlein schicken lassen, da es sicher manchen Ratschlag enthält, der in solchen Fällen notwendig ist. „Der Bücherkreis“, Vierteljahrszeitschrift, Redigiert von Karl Schröder, 7. Jahrgang, 1931, Heft 1, Sonderheft: „Film und Funk.“ Reich bebildert, Typographische Ausstattung Jan Tischhold, München, 64 Seiten. Verlag „Der Bücherkreis“, O. m. b. H., Berlin SW 61, Preis 0.90 RM. — Jede neue technische Erfindung, die unser kulturelles Leben bereichert, wirkt auch kulturpolitische Streitfragen auf. Denn jede der im heftigen Strahl miteinander liegenden Weltanschauungen und Parteien stellt ihre Forderungen an das neue Kulturinstrument, kritisiert seine Handhabung und versucht, Einfluß darauf zu gewinnen. So begann auch sofort nach Ausgestaltung der technischen Grundlagen der kulturpolitische Kampf um Film und Rundfunk. Das vorliegende Heft des „Bücherkreises“ faßt die Forderungen zusammen, die von der sozialistischen Arbeiterschaft und ihren Kulturpolitikern an Film und Rundfunk gestellt werden. Da eine solche Zusammenfassung bisher fehlte, ist selbe Lesetüre auch für den Gegner der hier vertretenen Auffassungen lehrreich und anregend.

Die Monatszeitschrift der Bücherreihe Gutenberg nähert sich immer mehr dem Charakter eines inhaltlich wertvollen und neuzeitlich ausgestatteten Monatsmagazins. Das Februarheft, das jetzt vorliegt, enthält mehrere Erzählungen bedeutender in- und ausländischer Autoren, eine kunsthistorische Betrachtung, Zeitgeschehen und Notizen über zahlreiche Abhandlungen bedeutender Künstler wie Pechstein, Louis Corinth, Seewald und Kokoschka. Diese Zeitschrift erhalten die Mitglieder der Bücherreihe Gutenberg monatlich kostenfrei. „Wohnungs-Wirtschaft“, erscheint zweimal monatlich (Verlag: Berlin S. 14, Wallstr. 58. Bezugsgebühr vierteljährlich 1.50 RM. Probehefte kostenlos. Das vorliegende Doppelheft 1/2, 1931, der „Wohnungs-Wirtschaft“ ist von der Schriftleitung als Sondernummer für den rheinisch-westfälischen Kleinwohnungsbau zusammengestellt worden. 40 Abhandlungen zeugen von dem Fleiß der zahlreichen Baugenossenschaften des rheinisch-westfälischen Industriebezirks.

Ausschlüsse.

Ausgeschlossene wurden gemäß § 14 Riffer 3a in Verbindung mit § 14 Riffer 5 des Verbandstatuts die bisherigen Mitglieder der Rahlstellen Krefeld (Main): Martin Brüggele, Buch-Nummer S II 891 667; Fernin: August Guse, Buch-Nummer 669 998 S II, Erich Söhne, Buch-Nummer 737 090 S II, Ernst Neufrahn, Buch-Nummer 818 725, Herbert Vetter, Buch-Nummer 324 204 S II, Rudolf Markhardt, Buch-Nummer E 1120 223; gemäß § 14 Riffer 3d in Verbindung mit § 14 Riffer 5 des Statuts der Rahlstelle Pöthen: Anton Faulstich, Buch-Nummer 944 928; und gemäß § 14 Riffer 3a in Verbindung mit § 14 Riffer 5 des Statuts der Rahlstelle Pöthen: Chr. Köllner, Mitglieder-Nummer 910 804.

Triptis.

Die Auszahlung sämtlicher Unterstützungen erfolgt jeden Sonnabend von 1 bis 3 Uhr im Volkshaus zur Wiesenburo. Um Einhaltung dieser Zeit werden die Mitglieder dringend gebeten. Die Ortsverwaltung.

Arbeitsmarkt.

(Ankrate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.) Schwelzer, 44 Jahre alt, für Optisch-Mechanik oder Kleinanfertigung Stellung. Gute Kenntnisse vorhanden. Angebote an die Rahlstelle Haslage erbeten.



FÜR
UNSERE
JUGEND

Versucht die Jugend zu gewinnen.

Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die Gefühlsenergien der Menschen stärker sind als ihre Verstandesenergien. In dem Augenblick, in dem der Bourgeois die kapitalistische Wirtschaftsordnung schuf, zeugte er den Proletarier. Der Proletarier ist also, obwohl ein Neues, nicht absolut Traditionslos. Er ist die Brücke zwischen dem Alten und dem Neuen.

Solange es Kapitalisten geben wird, wird es Proletarier geben. Erst die sozialistische Gemeinschaft wird beide überflüssig machen. Das Bestehende bedrückt den Proletarier, insbesondere den jungen Proletarier mehr als das Kommende, noch nicht Bestehende. Abtötung (seit Jahrhunderten bestehende Kulturgebräuche und Bedürfnisse, nachwirkende Anschauungen und soziologische Gebräuche) langjährig untergegangener oder nur noch absterbender existierender Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, ideologische Anschauungen usw.) und das Milieu (Wohnung, Familie, Arbeitsmethode, Arbeitszeit, Organisation des bürgerlichen Kultur- und Vergnügungsbetriebes (im) bestimmen die Ideenwelt des jungen Proletariats. Gegen ihre Interessen vertritt sich das junge Proletariat in die Ideenwelt des Bestehenden, aus dem es, nicht die schönsten politischen und ökonomischen Theorien befreien können Eine vernünftige Jugend, welche den Nachwuchs bedeutet, bedeutet eine indirekt geschwächte gewerkschaftliche Kampffront.

In der augenblicklichen Situation machen sich verbächtige Anzeichen eines gewerkschaftlichen und politischen Indifferen-

tismus bemerkbar. Die sogenannte „Vergnügungssucht“ ist stärker ausgeprägt als der Drang zu Partei und Gewerkschaftsarbeit.

Den modernen Tanz und die Kneipe, die größte Form der Vergnügungssucht, müssen wir ablehnen. Dagegen die verfeinerte für unsere Bewegung, insbesondere der Jugend nutzbar machen. Es sind dies Film, Operette, Wandern, Sport, Konzertsaal, Theater u. a. m.

Es muß versucht werden in irgendeiner Form, und auf jede mögliche Weise, wo nicht direkt, dort indirekt an die Massen der Jugendlichen heranzukommen. Wenn man bedenkt, daß in sechs Monaten des Bestehens der Jugendgruppe in der Rahlstele Tüschendorf in 2 Veranstaltungen 1032 Besucher, das sind 32,2 Teilnehmer pro Veranstaltung, bei Vorträgen, Unterhaltungsabenden und Reiterstunden zusammenkam, so bedeutet dies bei 564 jugendlichen Mitgliedern erst eine Erfassung von 57 Proz. derselben. Wie sieht es nun erst bei der großen Masse der unorganisierten Jugendlichen aus? Man sieht daran, welche arbeitsfähigen Arbeiten zur Ausfüllung des Mehrwerts der Gewerkschaften zu tätigen sind. Einig, wie wir sind, wollen wir all unsere Kraft zusammenschließen und an der Verwirklichung unseres Endzieles arbeiten.

Auf diesem Wege feuert uns der Geist der Jugend zu neuen Taten an: „Freundschaft“.

Aug. Broich.

Soziale Verpflichtung der Jugend.

Das Jugendproblem wird in dieser Zeit immer wieder von allen Seiten und allen politischen Richtungen besprochen. Das ist verständlich, weil die Jugendfrage nicht nur eine Lebensfrage für die Gesellschaft, sondern auch eine solche für jede einzelne Partei und Organisation wird. So muß man mit Notwendigkeit die ganze Natur der Jugend durchleuchten, um die Richtlinien der Jugendarbeit aus der jeweiligen Praxis zu erarbeiten. Nur scheint uns, daß manche zweifellos wichtigen Streitfragen zugunsten ebenso wesentlicher oft stark in den Vordergrund geschoben werden.

Das Erste, was zumeist zur Behandlung steht, ist im Zusammenhang mit der modernen Pädagogik das Kulturproblem. Fragen der Gruppenbildungen, des Gemeinschaftslebens, der Sexualität, der künstlerischen und literarischen Bewegungen jugendlicher Fähigkeiten, der Berufswahl und — bei der sozialen Notlage unserer Zeit verdrängt — der Jugendfürsorge werden eingehend diskutiert. Sie sind auch gemäß so wichtig, daß sie unter keinen Umständen ausgeschaltet werden dürfen, denn eng verbunden mit allem ist jugendliche Charakterbildung und Persönlichkeitswertung. Und diese beiden Punkte sind wieder wesentlich für die Fragen nach den gesellschaftlichen Werten, die den heute jungen Generationen zugesprochen werden können.

Und damit steht das zweite höchst wichtige Problem der Gegenwart ein, die Frage der politischen Jugend-erziehung. Auch diese darf nicht zu gering eingeschätzt werden. In einer Zeit, in der schon die engste Umwelt, die Straße, die Jugend politisch beeinflusst, muß das Thema eingehend in der praktischen Arbeit zu positiven Schlüssen geführt werden. Das macht sich besonders erforderlich bei dem Anwachsen der hyperpolitischen Strömungen rechts und links, die nur auf die schon genannten Einflüsse der Straße zurückzuführen sind. Hier wirkt keine politische Überlegung, sondern die Macht der Phrase. Allen wirklichen Pädagogen — es sind das sehr oft nicht gerade die beruflich dazu bestimmten — ist diese Situation im Jugendleben klar und sie wirken danach, Gewaltig ist der Umfang, den das Jugendbildungswesen heute — besonders in der sozialistischen Arbeiterbewegung — erlangt hat. Das ist gut so.

worden, daß vernünftige Gebote nicht mehr durchbringen können. So wird die heutige Generation nur zu einem Teile die persönlichen wie gesellschaftlichen Schäden der Krise abwehren und nur zu einem Teil Grundlagen für die Neugestaltung legen können. Das Lebige zu tun, verbleibt den nachfolgenden Generationen. Und das ist ihre soziale Verpflichtung.

Nach ein weiteres bleibt zu berücksichtigen Frühere gesellschaftliche Umwälzungen trugen nach außen hin immer das Gesicht von rein politischen Auseinandersetzungen, die oft mit dem notwendigen Vorkampfbekämpfung als wesentliches Ausdrucksmittel verglichen wurden. Die große Mehrheit des Bürgertums und der offenen Reaktion zielt auch heute bei ihrer Jugend-„erziehung“ in dieser Richtung. Dabei ihre Erfolge bei der Jugend, denn der politische Pragmatismus ist kein Damm gegen das auch der Kommunisten — ist das Ergebnis solcher rein politischen Erziehungsmethoden.

Wie liegen nun aber die Dinge in Wirklichkeit. Dem tiefer Schauenden ist von vornherein klar, daß diese Artie nicht nur einen immensen wirtschaftspolitischen (sogar in der sogenannten parlamentarischen Krisis), sondern auch gesellschafts- und gesellschaftsbildend betont, so muß das Augenmerk in punkto Jugend-erziehung auf diese Faktoren gelenkt werden. Und hieraus erwächst den erwachsenen Generationen eine soziale Verpflichtung für die Richtung der Jugend-erziehung, die das wirtschaftspolitische Moment den anderen schon erwähnten Faktoren gleichstellt.

Nun wird gemäß besonders von den freien Gewerkschaften an wirtschaftspolitische Bildungsarbeit außerordentlich viel geleistet, das soll nicht verkannt werden. Die Funktionär-Schulungskurse sind wesentlich und umfangreich. Intenstiver aber muß noch die Arbeit im gesellschaftlichen Kreis der Jugend selbst einleben. Die beste Grundlage dafür bilden zweifellos die Gruppen der Gewerkschaftsjugend, die sich in allen Verbänden gut entwickeln. Die öffentliche Beschäftigung mit sozialen und wirtschaftsfragen erweist sich dort allerdings in der Hauptsache (von Einzelerfahrungen abgesehen) auf Fragen der engeren Berufsausbildung und des Jugendschutzes. Auch das sind Themen, die unter keinen Umständen abgedrückt werden dürfen.

Darüber hinaus aber muß dann die eigentliche wirtschaftspolitische und gesellschaftlich-soziale Bildungsaufgabe einleiten. Das wird gemäß nicht so leicht sein, denn unsere Jugend ist mehr auf Unterhaltung und Geselligkeit eingestellt. Man muß es eben auch mehr in Unterhaltungsform aufbauen. Aus dem Betrieb und aus dem Berufsleben ergeben sich zweifellos so mannigfaltige Fragen und Erlebnisse, die einmal zur Diskussion gestellt werden müssen. Lehrlingsarbeit, Nationalisierung, Arbeitszeit, Entlohnung, verkürzte Arbeit, Betriebskassen, Arbeitslosigkeit werfen Fragen nach dem Woher, Warum und Weshalb auf. Der Mittelpunkt bei diesem Diskussionspiel ist dann allerdings der geschichte und geschulte Leiter. Und diesen Fragen haben wir in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in Zukunft besondere Bedeutung beizumessen. Es sei immer daran erinnert, daß die jungen Generationen das Wirtschaftswesen der kommenden Gesellschaft neu aufzubauen haben, denn das ist ihre gesellschaftlich-soziale Verpflichtung und daraus ergibt sich unsere Verantwortung!

Adolf Lau, Berlin.

Dagegen berechnen nicht zur Anfechtung: entehrende Vorstrafen naher Verwandter, vorübergehende Krankheiten des Gemüts, geheilte Krankheiten ohne Nachwirkung, vorzeitige Beziehungen des Mannes. Gerade in der Frage des erottischen Vorliebens der Ehegatten hält das Reichsgericht an der verfahrensmäßigen Behandlung der beiden Geschlechter fest, unter Hinweis auf die Einwirkung der beiden Blätter des Volkes.

Der § 1334 setzt arglistige Täuschung über Umstände, nicht nur über Eigenschaften voraus. Schweigen genügt hier nicht. Umstände: fast derselbe Kreis von Tatsächlichkeiten, die übertragen auf persönliche Eigenschaften, zur Anfechtung berechnen. In beiden Fällen muß für die Anfechtbarkeit der Ehe die richterliche Feststellung hinzukommen, daß bei Kenntnis der Eigenschaften oder der Tatsache ein vernünftiger Mensch die Ehe nicht eingegangen wäre.

Eine schwere Entscheidung, weil sich der Richter in das Familienleben der Parteien zur Zeit des Eheabschlusses hineinversetzen muß.

Dazu ein doppelter Maßstab: einmal der sachliche, der der generellen Ermittlung der Gesamtheit der Menschen in einem solchen Falle, und zwar unter Berücksichtigung auch der Auffassung des Bevölkerungskreises und der gesellschaftlichen Schicht, in der die Ehegatten leben. Dadurch soll die Laune, das Uebertriebene in der Auffassung des einzelnen, ausgeschaltet werden. Gleichgültig aber auch daneben die Wertung vom Standpunkt der klagenden Einzelpersonlichkeit, die aus ihrem sonstigen Verhalten, ihrer Ehrhaftigkeit, ihrer Härteren oder schwächeren sittlichen Gesamteinstellung geschöpft werden muß.

Artium und auch selbst die Täuschung über finanzielle Verhältnisse bilden nach der ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung keinen Anfechtungsgrund, obwohl gerade hier sehr oft durch Vorpiegelungen und Nöhrungen vor der Ehe dem anderen Teile Verhältnisse vorgegaukelt werden, die Ursache sehr vieler unglücklicher Ehen sind.

Der Geschädigte steht mit Recht in der Ehe kein Geschäft.

Dagegen hat das Reichsgericht dann eine Anfechtung für zulässig erachtet, wenn der Ehemann unwahre Angaben über seine berufliche und damit im Zusammenhang wirtschaftliche Position gemacht hat.

Die Anfechtungsklagen sind in der Praxis viel seltener wie die Eheabschlüsse, aber öfters miteinander verknüpft, daß derjenige, der loskommen will, Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen miteinander erhebt. Es gab eine Zeit, in der die Anfechtungsklage z. B. von Kriegervindem erhoben wurde mit dem Zwecke der Aufhebung der zweiten Ehe, um damit wieder in den Bezug der Rentenansprüche aus der ersten Ehe zu kommen, die bei Eheabscheidung dauernd ver sagt bleiben.

Die vermögensrechtliche Stellung der Ehegatten nach Nichtigkeitsklärung der Ehe infolge Anfechtung ist in §§ 1345 und 1346 geregelt.

Derjenige, der die Täuschung nach § 1334 verursacht hat, steht den schuldig geschiedenen Ehegatten gleich, also besteht beispielsweise Alimentationsverpflichtung des schuldigenden Gatten gegenüber der Frau. Im Falle des Fortfalls bei zwei gleichberechtigten Ehegatten ist bestimmt, daß der Fremde dem anderen Teil in vermögensrechtlicher Beziehung schadlos zu stellen hat.

Dr. jur. Steffen Kann.

Darmträgheit bei Kindern.

Ursachen, Schäden und Verhütung.

In der letzten Zeit ist vielfach eine Zunahme der Darmträgheit bei Kindern beobachtet worden. Die Ursachen hierfür sind — abgesehen von akuten Darmerkrankungen — durch die Verwöhnung des leicht verdaulichen und wenig Rückstände liefernden Weizenbrotes in der Nachkriegszeit gegeben. Früher wurden die Kinder vorwiegend oder mehr als heute mit Landbrot, Roggenbrot, das sehr oft und als Darmreiz wirkt, ernährt, so daß die Verstopfung nicht eine so häufige Erscheinung bei Kindern war. Vielfach ist diese Schwäche auch auf schlechte Gewohnheiten der Kinder zurückzuführen. Beim Spiel sind sie nicht geneigt, den Forderungen des Körpers nachzugeben, Trägheit tut das ihrige dazu, und so kommt allmählich eine Neigung bei Kindern zur Verstopfung zustande, die früher durch die darmreizende barbe Prekoff auf natürlichem Wege ohne Hilfsmittel verhindert wurde. Es ist aber wichtig, daß die Eltern auf diese Erscheinungen achten, denn es können sich allherhand Schäden entwickeln, die bei rechtzeitiger Bekämpfung vermieden werden können. Erstens können die Verstopfungszustände chronisch werden. Zweitens dieses Leiden sehr verbreitet, und jeder Kranke weiß, mit welchen Beschwerden es einhergeht. Wenn auch nicht lebensbedrohende Folgen eintreten, so ist doch die Belastung für ein gesundes Funktionieren der Körperorgane Vorbeugung, Kopfschmerzen, Benommenheit und das Gefühl der Unpäßlichkeit sind die äußeren Erscheinungen, mangelhafter Stoffwechsel die inneren. Vor allen Dingen ist es von größter Bedeutung, durch ärztliche Untersuchung festzustellen, ob die Darmtätigkeit nicht gefährliche Ursachen, wie Verwöhnungen, Darmverhärtung, Darmverwachsung durch Entzündung oder Blinddarmentzündung hat. Bekanntlich kommt es bei den meisten dieser Erkrankungen einige Zeit, bevor man die Verhärtung des Zustandes schon durch die Verhärtung des Allgemeinbefindens erkennt, zu sehr hartnäckigen Stuhlverstopfungen, die Warnungszeichen sind. In allen diesen Fällen kann natürlich nur der schnell herbeigerufene Arzt die notwendigen Verhütungsmassnahmen geben. Besonders hüten muß man sich davor, ohne ärztliche Verordnung in derartigen Fällen Abführmittel zu gebrauchen. Durch Abführmittel wird oft die Krankheit lebensgefährlich gestaltet, während sie ohne den unzeitigen Gebrauch durch ärztliche Massnahmen unter Umständen leicht zu heilen wäre. Also größte Vorsicht vor Abführmitteln bei längerer Verstopfung!

Wenn aber derartige schwere Erkrankungen als Ursachen der Stuhlverstopfung nicht in Betracht kommen dann kann man besonders bei Kindern verhältnismäßig leicht Abhilfe schaffen. Vor allen Dingen müssen die faulen Gemütsheiten beseitigt werden. Dann ist der Gebrauch von derbem Brot (Schrotbrot) und anderen Rückstände liefernden Speisen, wie Gemüse, Obst usw. zu empfehlen. Auch Turnen ist sehr zweckmäßig, wie überhaupt jede vernünftige Körperbewegung. Von Abführmitteln läßt man dagegen ab, da bei Kindern im allgemeinen schon eine geringe Veränderung der Lebensweise im zweckmäßigen Sinne die besten Erfolge zeitigt, während die verschiedenartigen Mittel den Körper allmählich verwöhnen und zu eigener Toleranz untauglich machen. Häufig hat die Darmträgheit unangenehme Folgen, die von den Eltern auf ganz andere Ursachen zurückgeführt werden. Vielfach wurde beobachtet, daß Nervosität bei Kindern, für die man keine Erklärung suchte, sofort verschwand, wenn dafür abgerat wurde, daß der Körper täglich den Darm zur Arbeit anregte. Auch die häufig vorkommende Appetitlosigkeit bei Kindern ist in zahlreichen Fällen auf Darmträgheit zurückzuführen. Daran acht hervor daß dieses Leiden bei aller Darmtätigkeit der Erscheinung doch für den Gesundheitszustand und das augenblickliche Befinden der Kinder sehr unangenehme Folgen haben kann. Unter Appetitlosigkeit leidet die Ernährung, d. h. der Aufbau des Körpers, der in den augenblicklichen Jahren von größter Bedeutung ist. Darum darf man auch diese anscheinend harmlosen Beschwerden nicht leicht nehmen, zumal sie, wie wir oben ausgeführt haben, auch lebensgefährliche Ursachen haben können. Fernerhin sollen die Kinder daran gewöhnt werden, zu ganz bestimmten Stunden — am besten kurz nach dem Erwachen — für die Darmtätigkeit zu sorgen.



FRAUEN UND MÄDCHEN

„Eine Ehe kann angefochten werden, wenn . . .“

Die Ehe ist nicht nur eine Liebesgemeinschaft, sondern auch eine Lebens-, Tatsachen- und Rechtsgemeinschaft. Ein Vertrag zwischen zwei Menschen, auf ein Leben bemessen. Jeder der Verlobten hat das Recht, vor Eingehung der Ehe Aufklärung zu verlangen, um sich ein Bild von der moralischen, sittlichen und körperlichen Beschaffenheit des anderen machen zu können. Täuscht er sich oder wird er getäuscht, so soll er nach dem Willen des Gesetzgebers frei sein. Eine Pflicht zur Offenbarung, die am besten dem Wesen der Ehe entspricht, hat der Gesetzgeber nicht aufgestellt, aber es besteht eine Verpflichtung zur Wahrheit, d. h. zur wahrheitsgemäßen Aufklärung auf die Fragen des anderen.

Tatsachen, die sich nach Eheabschluß ereignen haben, berechnen zur Scheidung. Tatsachen, die vor Eheabschluß liegen geben unter den Voraussetzungen der §§ 1333, 1334 ff. eine Anfechtungsmöglichkeit der Ehe, die auf landgerichtlicher Klage zur Nichtigkeitsklärung führt.

Nach § 1333 BGB kann eine Ehe von demjenigen angefochten werden, der sich über persönliche Eigenschaften des anderen Ehegatten geirrt hat, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe vor der Eingehung der Ehe abgehalten haben würde.

Nach § 1334 kann die Ehe angefochten werden, wenn der Anfechtende durch arglistige Täuschung über solche Umstände

zur Eingehung der Ehe bestimmt worden ist, die ihn unter den gleichen Voraussetzungen, wie sie oben zitiert worden sind, von der Eingehung der Ehe abgehalten haben würden. Pflicht der Richter ist es, bei Auslegung dieser Bestimmung darauf hinzuwirken, ein Loskommen zu ermöglichen, während andererseits den Verlobten ein Miegel vorgeschoben werden muß, bei Nichtvorhandensein von Eheabschließungsgründen auf Dinge zurückzugreifen, die in der Zeit vor der Eheschließung liegen, um auf diese Weise von einer unhympathischen Ehe frei zu kommen.

Voraussetzung der Anfechtung wegen Irrtums ist der Irrtum über persönliche Eigenschaften körperlicher, geistiger oder sittlicher Art. Anerkannt durch die Rechtsprechung als Anfechtungsgründe sind beispielsweise folgende: Schwere, unheilbares Leiden geistiger und körperlicher Art (Augenleiden, Epilepsie), wobei in allen Fällen auch die Frage der Vererblichkeit eine Rolle spielt, Mangel an Unverwundbarkeit der Frau, verhärtigte Mutterchaft, gesellschaftliche Strafe, wenn der übliche Ruf weiterbesteht, Trunksucht, Spielwahn, Gang zur Lüge.

Ganz auf den Einzelfall ist abzustellen: Zeugungsunfähigkeit des Mannes und Unfruchtbarkeit der Frau. Fälle die eine besonders vorsichtige Behandlung erfordern, da die Ehe nicht nur zur Kindererzeugung abgeschlossen wird.

